

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1895 unter Nr. 7126.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepostete Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Anzeigen und Veranlassungen Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Freitag, den 22. November 1895.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

### Für Religion, Ordnung und Sitte

so lautete das Feldgeschrei der heiligen Allianz, die im Sommer vorigen Jahres — nach der Ermordung Carnot's durch ein Opfer des französischen Polizei-Anarchismus — von den weltlichen und geistlichen Anbetern des weltbeherrschenden Doppelgötzen: Mammon-Moloch gegen die Sozialdemokratie, die Partei des arbeitenden Volkes und der Ehrlichkeit abgeschlossen ward.

Die beiden Parteien, welche in dieser heiligen Allianz die Hauptrolle spielten, waren die Konservativen und die Nationalliberalen nebst freikonservativem Anhängel — jene die Partei des junkerlich-pfälzisch verummten Kapitalismus, diese die Partei des nachten Kapitalismus, des Kapitalismus sans phrase, der die Arbeiter unter das Doppeljoch der politischen Sklaverei und wirtschaftlichen Ausbeutung stellen will, den Staat nur als Polizei-Anstalt zum Schutz und im Dienste der Reichen betrachtet, als einziges politisches Recht für sich das Recht fordert, die Arbeiter nach Belieben knuten und plündern zu können. Zwischen diesen beiden Parteien besteht eigentlich eine tiefe und breite Kluft. Denn die Mäler, Baare und König Stumm sind durch und durch moderne Auswüchse, sind Typen des modernen Großkapitalismus; und die Stöcker und Hammerstein, die zwei hervorragendsten Führer der Konservativen, haben ihr Ideal nicht in der Gegenwart, sondern in der „guten alten Zeit“, da es noch keine Sozialdemokraten gab, Bürger und Bauern nur dazu da waren, vom Junker beraubt zu werden, und die Arbeiter dem gnädigen Herrn Junker leibeigen gehörten, leibeigen Mann, Frau und Kind — an die Scholle gefesselt, zur Frohne gezwungen, Tag für Tag, Jahraus, Jahrein verpflichtet, den letzten Tropfen Blut, den letzten Tropfen Schweiß in christlicher Demuth hinzugeben für den gnädigen Herrn Junker — und schließlich auch, wann der gnädige Herr Junker Gefallen daran fand: die Ehre der Frau und der Tochter.

Allein sie haben sich vortrefflich in einander gefunden und vertragen sich vortrefflich miteinander: der Himmel für das arbeitende Volk, dem die Religion erhalten werden muß und die Erde für Jene, die um das goldene Kalb herumtanzen.

Von dem Umsturzfeldzug haben wir hier nicht zu reden. Der Umsturz der Umsturzgeschlechter vollzog sich mit einer Gründlichkeit, wie Dante, der Dichter der Göttlichen Komödie sie für die Einwohner der Hölle sich nicht gründlicher hätte wünschen gekonnt. Die zwei hervorragendsten Führer des Umsturzfeldzugs,

sein Achilles und sein Odysseus: Hammerstein und Stöcker sie stehen vor aller Welt an dem Pranger. Der eine im Fleisch, der andere im Geiß, weil er so weltklug war, sein Fleisch in Sicherheit zu bringen. Zum Glück hat Odysseus-Stöcker Stimme genug für beide, und aller Welt bringen die christlichen Segenswünsche ins Ohr, die er, der fromme Gottesmann gegen seine Entlarver schleudert und den frommen Stöcker-Wahrheiten beimischt, mit denen er an seiner liliereinen Seele die Mohrenwäsche verrichtet. Und das Bindeglied zwischen den Stöcker'schen Segenswünschen und den frommen Stöcker-Wahrheiten bildet der Dreispruch, den der zweite Luther als Fauberzpruch zur Beschönigung der sozialistisch-materialistischen Hochthat erfunden hat: Für Religion, Ordnung und Sitte!

Und drüber, aus irgend einem Vordell in Amerika, oder irgend einer Spielhölle in Australien ertönt geisterhaft, in der Festsprache des Achilles-Hammerstein, das gespenstische Echo:

Für Religion, Ordnung und Sitte!  
Für Religion, Ordnung und Sitte der Hammersteine und der Stöcker — der Stöcker und der Hammersteine.

Ist je die Fäulnis und Henschel einer absterbenden Gesellschaft so unbarmherzig bestraft, so grausam der allgemeinen Verachtung überliefert worden?

Sie haben ihren Hammerstein und ihren Stöcker verdient — die Anbeter des goldenen Kalbes, die der Sozialdemokratie, der Partei des arbeitenden Volkes und der Ehrlichkeit, den Fehdehandschuh hinwarf im Namen der „Religion, Ordnung und Sitte“.

Ja, der Partei der Ehrlichkeit. Bei einem früheren Anlaß stellten wir dem heuchlerischen Ruf unserer Stöcker und Hammersteine die Forderung der Internationalen Arbeiterassoziation gegenüber, dahingehend, daß alle Menschen im Verkehr mit einander Wahrheit, Sitte und Recht als die Grundlage des Handelns betrachten, und daß auch für das öffentliche Leben die Grundsätze der gemeinen Moral gelten sollen.

„Wahrheit, Sitte und Recht“ — das läßt sich wohl sehen und hören neben „Religion, Ordnung und Sitte“. Nicht wahr? Schöne Worte sind allerdings billig wie Brombeeren und an sich kommt auf sie sehr wenig an. Die schlechteste Waare wird oft von den schönsten Worten gedeckt. Auf die Waare kommt's an, und auf die Männer, welche sie führen.

Religion, Ordnung und Sitte — à la Hammerstein, Stöcker und Kompagnie.

Wahrheit, Sitte und Recht — die Internationale Arbeiter-Assoziation, die Sozialdemokratie.

Von den französischen Sozialdemokraten ward in einem bürgerlichen Blatte, der „Frankfurter Zeitung“, gesagt, sie verdanken ihren steigenden Einfluß ihrer Ehrlichkeit — sie seien die einzige Partei, der es ernst damit sei, den Kugiasfall der Panama- und Südbahn-Korruption auszufegen.

Nun, mit dem Aussagen wird jetzt der Anfang gemacht. Die französischen Sozialisten sind noch nicht direkt an der Herrschaft, allein es ist ihnen gelungen, die Regierungen der Panama- und Südbahnpolitiker zu stürzen und ein bürgerlich-radikales Ministerium ans Ruder zu bringen, das zwar noch nicht die Vernichtung des Kapitalismus, aber die Befreiung der Gesellschaft von dem Schmutz des Kapitalismus anstrebt. Ein utopistisches Programm das — kein Zweifel! Der Kapitalismus ist ohne Schmutz undenkbar. Er lebt von und in dem Schmutz. Panama- und Südbahn-Skandale wachsen am Giftbaum des Kapitalismus wie Schlehen am Schlehbusch. Zudem, es giebt auch noch Bourgeois mit Idealen — wenigstens in Frankreich —, und Herr Bourgeois scheint einer von ihnen zu sein. Er denkt gleich dem Dichter: Die Tugend sie ist kein leerer Schall“ und wendet sich an die ehrlichen Leute, daß sie ihm bei der Ausräumung des Kugiasfalls helfen. Natürlich sind die Sozialdemokraten zur Hand. Wo es gilt, den Staats- und Gesellschaftskörper von Schmarozern, Miteffern und Krankheitskräften zu befreien, da sind sie stets auf dem Posten, weshalb sie von den Schmarozern und Miteffern auch so grimmig gehaßt und von ihren Gegnern als „Umstürzler“, Feinde der göttlichen und menschlichen Weltordnung“ denunziert werden.

„Für Religion, Ordnung und Sitte!“ rufen sie nicht in Frankreich — sie sind dort bescheidener und haben ihr Programm in das eine hausbackene Wort zusammengefaßt: Ehrlichkeit.

Die ehrlichen Leute gegen die Spitzbuben. Klingt das nicht wie ein Märchen? Eine Regierung, welche die ehrlichen Leute zum Kampf gegen die Spitzbuben aufruft! Ist das goldene Zeitalter des Saturn zurückgekehrt?

Nein, es ist kein Märchen, es ist kein Traum — es ist Wahrheit, Wirklichkeit.

Und für den Augenblick hat das seltsame Programm eine große werbende Kraft und wunderbaren Erfolg; man könnte in der That glauben, der englische Spruch habe recht:

Ehrlichkeit ist die beste Politik.  
Die Hammersteine und Konferten — Verzeihung, die Spitzbuben und Hohepriester des Kapitalismus sind angesetzt vor Schreden und Wuth. Sie haben in der französischen Kammer die Majorität; sie können

### Ein Verrückter. (Nachdr. verboten.) Kampf und Ende eines Lehrers. Roman von Joseph Rudereer.

Dem Mädchen war es, als zöge eine ruhigere Stimmung in ihr Herz. Sie trat hinaus und wehrte saust ihrem Vater, der sich ihr nähern wollte.

„Anna!“ rief er ihr nach, als sie vor das Haus ging. „Sagst Du's mir net, was Du hast?“

Neugierig blickte sie zurück. Wie sah er aus! Seine Gestalt war gebückt und schlief hing ihm der Anzug um den Leib. Die Augen waren entzündet, wie beim Tode der Mutter und noch niemals hatte sie gesehen, daß er so viele weiße Haare hatte, wie heute. Umkehren aber konnte sie nicht. Nur jetzt keine Erregung mehr, das Gebetbuch fester gegriffen und weiter . . . weiter . . . wohin? Ach ja, in die Kirche.

Wie eine Nachtwandeln ging sie durch die gepugneten Menschen und trat mit starren Blicken zum Hochaltar, wo sie sich vor dem Speisegitter niederließ. Neben ihr, da schienen auch andere zu sein, man flüsterte und regte sich. Wie seltsam es im Kirchenstille rumort! da müssen viele Menschen kommen! Freilich, es ist ja Sonntag, die Gemeinde versammelt sich. Es dauert so lange, so lange. Da — hoch, eine Glocke, ein, zwei — dreimal gezogen. Wie schrill das Klang! Jetzt tönen Tritte auf den steinernen Fliesen und wieder läutet man, ein, zwei, dreimal. Jetzt fahren die Leute über die Brust, oder nicht? Nein, sie hat sich getäuscht, denn alles ist wieder still, ganz still. Aber nun bewegte sich auf einmal das weiße Tuch des Speisegitters und immer näher und näher kommt ein summender Ton, der lauter und lauter wird. Ein blendender Lichtstrahl trifft das Auge. Was ist das? Der Kelch, der den Heiland birgt. Ein Sonnenstrahl ruht auf ihm. Halt, ist das nicht Kathi, hier ganz nebenan? Ja, das ist sie, sie betet und öffnet den Mund.

„Corpus domini nostri Jesu Christi . . .“ tönt es. Und nun kommt eine Gestalt heran, immer mächtiger leuchtet der Kelch. Wasch das Speisegitter ergriffen . . . da . . . da . . . wie die Hände zittern! . . . emporgeschaut! . . .

was leuchtet da? Eine weiße Hostie, die sich herabsenkt . . . „Nein, nein!“

Anna war mit einer abwehrenden Geberde zusammengebrochen und hatte das Speisegitter von dem Geländer gerissen.

Man trug die Ohnmächtige in die Sakristei und ließ sie behutsam auf einen Stuhl nieder. Der Geistliche schickte alle Neugierigen hinaus, um mit ihr allein zu bleiben, nachdem man sie mühsam belebt hatte.

Ein dumpfes Gemurmel ging durch die Menge. Man begriff den unerhörten Vorfall nicht und erging sich in allerlei Vermuthungen. Nur Kreitmayer zeigte keinerlei Aufregung und zuckte bedeutungsvoll die Achseln, als man ihn anredete.

Jetzt fiel ein heller Lichtschein aus der aufgehenden Thüre des Presbyteriums. Alles drängte dorthin, aber wie angewurzelt blieben die Leute stehen, als sie das Mädchen mit erschauern Gesicht in dem Stuhle erblickten. Augen und Lippen des weit zurückgeneigten Kopfes waren halb geöffnet, die Arme ruhten auf der Brust verkränkt. Neben ihr auf dem Fensterbrett stand der Kelch.

Der Geistliche winkte einige Männer heran. Diese hoben den Stuhl auf und trugen die Regungslose durch eine Seitenthüre ins Freie. Während sich der traurige Zug dem Forstbanke näherte, unterhielt der Geistliche sich mit dem Wirth, der mit wichtiger Miene auf ihn zugegangen war.

Der Förster Walder stand vor einem schweren Gange. Zweimal schon hatte er einen Anlauf genommen, ans dem Wald heroorzutreten und immer wieder kehrte er über die steile Hochwiese in die schäumenden Bäume zurück und wanderte unschlüssig auf und ab. Er war sonst nicht der Mann, der sich fürchtete, aber diesmal schien es doch, als wollte ihn alle Ruhe verlassen. Seine zusammengekniffenen Lippen zuckten in nervöser Bewegung und seine Augen waren feucht.

Zum allerlehten Male wollte er umkehren, ein Viertelstündchen noch warten und dann endlich unternehmen, was sich nicht aufschieben ließ. Finster blickte er in seinen Wald hinein. Kein Wort Klang ihm heute entgegen. Die

ganze Natur stand unter dem Druck eines wolkenbedeckten, schwülen Maitages und lechzte nach reinigenden Frühlingsgewittern.

Zu dem dunkeln Moosrain, wo er sich niedergelassen hatte, fiel Walder eine Pflanze auf. Es war eine Maiblume mit hohem Stiel, der in der Mitte geknickt war. Der Förster sah genauer hin. Noch schimmerten die zarten Blätter wehlig und grün, aber ein leichter, gelblicher Ton anfassender Fäulnis zeigte sich an den Rändern. Wie lange dauert es noch, dann sind sie verwelkt und todt!

Walder schaute auf diese sichere Verwesung herab mit dem gleichen Blicken, mit denen er sein Kind betrachtete, als man es ihm ins Haus getragen hatte, eine lebende Leiche, die die verschränkten Arme nicht von der Brust nehmen wollte und nur stöhnende Laute hervorbrachte.

Er hatte ja schon ein Unglück erwartet, als Anna von ihm Abschied nahm. An der Thüre blieb er stehen wie einer, der genau weiß, daß sich in der nächsten Minute etwas Entsetzliches ereignen muß, daß er nicht mehr verhindern kann.

Als er aber von weitem den graufigen Zug kommen sah, ging er ihm entgegen mit wankenden Schritten und fragte sich, ob die, die man ihm da wiederbrachte, sein Kind sei. Keiner der Männer, die sie in der Stube niederließen, wußte ein Wort zu reden, alle sahen verlegen zu Boden und hielten den Athem an. Aber da erschien ja plötzlich, dort an der offenen Thüre, ein Mensch mit schmutzgelbem Gesichte und taumelte zu der Leblosen, die er mit stieren Blicken betrachtete. Das war derselbe, dem Walder sein Kind anvertraut hatte, und nun zerriß die Binde, die der alte Mann um die Augen getragen hatte, nun wurde es so klar, so schrecklich hell vor ihm, nun schrie es hervor aus allen Wänden und Winkeln des Hauses, und nun wußte er alles! Jetzt durfte er es wissen, jetzt kam auch die Reihe an ihn, den Vater, nachdem der Priester, der ja das erste Recht auf das Gewissen hatte, in alles eingeweiht war, nachdem das versammelste Dorf die Schande draußen vor dem Hause erzählte und der elendeste Spatz die Geschichte von den Dächern pfliff. Beband trat der Förster zu seinem Kinde und fuhr ihr über die Wangen, aber Anna regte sich nicht. (Fortf. folgt.)

Gefehentwurf über die Handwerkerkammern.

Nachdem im vorigen Sommer die Konferenz der deutschen Handwerker der Regierung einen schier endlosen Wunschzettel überreicht hat, ist nunmehr dem Bundesrath ein diese Materie behandelnder Gefehentwurf zugegangen...

Der 5. Paragraph des Entwurfes dürfte allerdings den Häuflein nicht genügen, denn entgegen ihrer Forderung eines Beschlusses nach demselben bestimmt er, daß jeder in die Handwerkerkammer wählbar ist, der ein Handwerk ein Jahr lang selbständig betrieben hat...

Die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der Kellner und Kellnerinnen sind neuerdings Gegenstand von Untersuchungen gewesen, die im Auftrage der Kommission für Arbeiterstatistik vorgenommen wurden...

Wegen Majestätsbeleidigung ist gegen Genossen Breder in Nürnberg Untersuchung eingeleitet. Breder soll nach Angabe des Polizeibeamten in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Nürnberg durch Beschimpfung des Kaisers Telegramms an die Witwe des ermordeten Fabrikanten Schwarz in Mülhausen die Beleidigung begangen haben.

Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung. Der 36 Jahre alte Schuhmacher und Handarbeiter Karl Friedrich Wilhelm Lorenz aus Pöggendorf wurde beschuldigt, am 6. Juli d. J. im Gasthof zu Niedergräfensbain eine Gotteslästerung und am 18. Juli in einer Schankwirtschaft in Geithaus eine Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung begangen zu haben...

Der Schwarmgeisteswurm verdünnt sich. Herr Pastor Göhre ist aus dem Ausschuss des Evangelisch-sozialen Kongresses ausgeschieden, nachdem er vorher eine merkwürdig unklare Erklärung erlassen hatte...

Die Autoritäten schneiden ja jetzt überall das Tischstuch entzwei zwischen dem Schwarmgeisteswurm und der respektablen Rechtgläubigkeit. So ist der „Ehrenpräsident“ des Oberhessischen Vereins für innere Mission, der Fürst zu Solms-Lich, aus diesem Verein ausgetreten...

Ein Disziplinarverfahren gegen Herrn Stöcker wird angekündigt. Die „Saale-Zeitung“ weiß darüber zu berichten: Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat der Monarch besonders und ausdrücklich über folgende vier Punkte genaue Aufklärung verlangt: 1. Ueber den sogenannten Scheiterhaufenbrief und die Kommentare, die Herr Stöcker selbst dazu gegeben hat...

Unbedachtame Aeußerungen, wie sie uns die jüngste Vergangenheit nicht vereinzelt gebracht hat, vermögen die Gewissen und rufen die Begehrlichkeit wach. Da werden wohl noch mehr tapfere Herzen in die Pastorenhöfen fallen.

Ein Disziplinarverfahren gegen Herrn Stöcker wird angekündigt. Die „Saale-Zeitung“ weiß darüber zu berichten: Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat der Monarch besonders und ausdrücklich über folgende vier Punkte genaue Aufklärung verlangt: 1. Ueber den sogenannten Scheiterhaufenbrief und die Kommentare, die Herr Stöcker selbst dazu gegeben hat...

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat der Monarch besonders und ausdrücklich über folgende vier Punkte genaue Aufklärung verlangt: 1. Ueber den sogenannten Scheiterhaufenbrief und die Kommentare, die Herr Stöcker selbst dazu gegeben hat. 2. Ueber die persönlichen Beziehungen Stöcker's zu Hammerstein, unter besonderer Berücksichtigung der Frage, ob Herr Stöcker nach Lage der Dinge wissen mußte, daß der Kandidat Gütchlein seiner Zeit durch Herrn v. Hammerstein fälschlich der Unterschlagung des Stöckerfonds beschuldigt ward. 3. Aufklärung des Zwistes zwischen Stöcker und Professor Brecher; dieser hat ihm „bemerkenswerthen Mangel an Offenheit und Wahrheitsliebe“ vorgeworfen und dazu wörtlich geschrieben: „Von diesem (das heißt Mangel) hat er (Stöcker) mir kurz vor meinem Rücktritt vor der Leitung des konservativen Zentral-Wahlkomitees einen so starken Beweis gegeben, daß ich seitdem jede Verbindung mit Herrn Stöcker vermeiden habe.“ 4. Darlegung der Rolle, die Stöcker in seinem Zwist mit Pastor Witte gespielt hat. Man nimmt in kirchlichen Kreisen an, daß der eingeforderte Bericht dem Kaiser bereits vor geraumer Zeit vom Oberkirchenrath vorgelegt ist, daß der Kaiser daraufhin die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Stöcker verfügt hat, und daß, da solches Verfahren, wenn die Disziplinärbehörde den Angeklagten schuldig sprechen sollte, wohl nur mit der Aberkennung des Titels „Hofprediger a. D.“ endigen könnte, Herrn Stöcker der Wint gegeben

eines Staates sei es desto besser bestellt, je mehr innerhalb seiner Grenzen sich strafrechtlich verfolgen läßt, ist die eben entwickelte Theorie, es ist die der Breslauer Strafkammer, ausstreichend als eine höchst werthvolle Erfahrungssache anzusehen. Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, über besagte Erfahrungssache weitere Betrachtungen anzustellen.

Hier soll nur auf eines hingewiesen werden; darauf nämlich, daß ein Breslauer Gericht das eigenartige Erkenntnis wider Liebknecht gefällt hat, und daß Breslau sich rühmen darf, durch seine Rechtsprechung schon mehrmals die Blicke von ganz Deutschland auf sich gelenkt zu haben. Aus diesem Osten Germaniens sind schon wiederholt Erkenntnisse in die Welt gegangen, die über dunkle Gebiete die nötige juristische Helle verbreiteten.

Ein Breslauer Gericht war es, das zuerst zu der Feststellung gelangte, daß durch das Sittenbleiben bei einem auf den Kaiser ausgebrachten Hoch eine Majestätsbeleidigung verübt werden könne. Dieses Urtheil hat nachhaltig Schule gemacht. Während das Breslauer Gericht zu der bewußten Feststellung gelangt war, weil der Angeklagte das Sittenbleiben mit einer Handbewegung begleitet hatte, die das Gericht als eine verächtliche ansah, hielt man später, nachdem einmal durch das Breslauer Erkenntnis dieser Weg, zu einer Verurtheilung wegen Majestätsbeleidigung zu gelangen, gewiesen war, schon das bloße Sittenbleiben für ausreichend, um ein Schuldig der Majestätsbeleidigung zu begründen.

In aller Erinnerung ist noch die strafrechtliche Verfolgung, die vor einem Jahre gegen Herrn Liebknecht eingeleitet wurde, weil er in der ersten Sitzung im neuen Reichstagsgebäude bei dem von Herrn v. Berthow auf den Kaiser ausgebrachten Hoch stehen geblieben war. Man erinnert sich auch noch der Aufsehen erregenden, aus der Feder des Herrn Staatsanwalts Dr. Benedix kommenden Urtheile, welche damals die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte; Urtheile, in denen nicht nur das Vorgehen des Staatsanwalts wider Herrn Liebknecht zu rechtfertigen gesucht, sondern auch eine sehr überraschende Ansicht über den Umfang der parlamentarischen Unverletzlichkeit entwickelt wurde. Aller menschlichen Voraussicht nach wäre schon damals Herr Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden, wenn der Reichstag die Genehmigung zu dem strafrechtlichen Einschreiten erteilt hätte. Jedenfalls erhebt man hieraus, wie eilig die Bahn eingeschlagen wurde, die zuerst betreten zu haben ein Breslauer Gericht von sich behaupten darf.

Ein Breslauer Gericht war es wiederum, das in den vielbesprochenen Diätenprozessen, die vor etwa zehn Jahren gegen eine Anzahl Reichstags-Abgeordnete angehängt wurden, zuerst diejenige Auffassung entwickelte, auf welche der klägerische Fiskus in diesen Prozessen sich stützte. In erster Instanz war der Fiskus mit sämtlichen Diätenprozessen abgewiesen worden. Eine Anzahl von Landgerichten hatten, indem sie auf Neuierungen hinwiesen, die Fürst Bismarck feierlich in einer parlamentarischen Auseinandersetzung mit Herrn von Bennigsen gethan, durchweg erklärt, daß in dem Bezirken von Diäten durch Reichstags-Abgeordnete nichts gefunden werden könne, was den Fiskus ermächtigte, diese Diäten von den Abgeordneten zurückzufordern. Der Fiskus legte Berufung ein und dem Breslauer Oberlandesgericht war es beschieden, das erste zweinstanzliche Erkenntnis zu fällen. Die entscheidende Beratung darüber dauerte sehr lange. Während man sich noch in allerhand Vermuthungen über das Ergebnis erging, trat ein bekannter hervorragender Anwalt auf den Vertreter des Beklagten zu und äußerte: „Passen Sie auf, Kollege, sie (die Richter) machen Ihnen etwas ganz Besondere zurecht!“ Die Voraussetzung erwies sich als zurecht. Im Gegensatz zu den verschiedenen Landgerichten, die bisher gesprochen hatten, erkannte das Breslauer Oberlandesgericht dahin, daß die Klage des Fiskus begründet und der Beklagte (es war der sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete Sträder) gehalten sei, die aus der Parteiliste empfangenen Diäten (das Klageobjekt war auf 1501 M. beziffert) an den Fiskus herauszugeben.

Die Begründung dieses Erkenntnisses, das nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in vielen auswärtigen Blättern, beispielsweise im „Journal des Debats“, erörtert wurde, deckte sich so ziemlich mit den Ausführungen, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht hatte, nachdem in erster Instanz durchweg auf Abweisung des Fiskus erkannt worden war. Gegen das Erkenntnis des Breslauer Oberlandesgerichts legte der Beklagte Revision ein. Das Reichsgericht wies jedoch das Rechtsmittel zurück mit der Begründung, daß das angefochtene Urtheil „einen Rechtsirrtum nicht erkennen laßt“. Damit war für die Diätenprozesse des Fiskus freie Bahn geschaffen und ein Breslauer Gericht war es, das diese Bahn zuerst betreten hatte. Uebermaß, in dem Majestätsbeleidigungsprozesse gegen Herrn Liebknecht, hat wieder ein Breslauer Gericht ein Urtheil gefällt, das in der bisherigen Praxis ohne Vorläufer dasteht, das, um mit jenem Anwalt zu reden, etwas ganz Besonderes ist.

Wie das Reichsgericht über dieses Urtheil auch befinden möge, das Breslauer Urtheil gebührt jedenfalls der Achtung, die Rechtsprechung der neuesten Zeit, will sagen der letzten zehn oder zwölf Jahre, um drei Erkenntnisse bereichert zu haben, die ungemein bezeichnend für den Geist sind, der diese Rechtsprechung durchweht. Dem Geschichtsschreiber werden dereinst diese Erkenntnisse als werthvolles Material dienen.

warum genirte sich der Moler, das offen zu sagen? Warum greift er zu einer Allegorie, welche die große Mehrheit derjenigen, auf die er als Käufer seines Bildes rechnet, kaum versteht? Und warum greift er zu einer Darstellung, die seine historischen Kenntnisse für jeden, der weiß, daß Buddha alles andere als ein früher asiatischer, auf Zerföhrung ausziehender Horden war, ins allerbedenklichste Licht stellt?

Jedes Konversationslexikon hätte Herrn Prof. Knackfuss sagen können, wer und was in Wirklichkeit Buddha war. So sagt das Konversationslexikon von Brockhaus, 11. Auflage, 8. Band, vom Jahre 1864 über Buddha folgendes: „Seine Hauptlehren waren: Ein höchstes Wesen regiert die Welt; es ist unsichtbar und ohne sinnliche Gestalt, daher auch durch kein Bild darstellbar, es ist weise, gerecht, gütig, barmherzig allmächtig und wird von Menschen am besten durch schweigende Betrachtung verehrt. Der Mensch gelangt durch Tugend zur Seligkeit; er darf daher nicht schwören, lügen, verleumden, tödten, fohlen, keine Rache ausüben, muß mäßig und züchtig leben, Almosen austheilen, die sinnlichen Triebe unterdrücken und durch stille Betrachtung sein eigenes Wesen und das Wesen der Gottheit erkennen. Wenn der Mensch diese Pflichten auf eine vollkommene Weise erfüllt, so erlangt er schon auf Erden die Würde eines Buddha oder Weisen und nach dem Tode die Vereinigung mit dem höchsten Wesen.“

Beachtet nun der Leser, daß der Mensch, der diese Lehren fand gab, schon 500—600 Jahre vor Christo lebte, also diese Lehren- und Grundzüge bereits zu einer Zeit vertrat, in der die Menschheit von einem Christus noch nichts wußte, so entsteht wohl die Frage, ob das Christenthum für seine Lehren nicht etwelche Anleihen bei jenem Buddha gemacht haben könnte, der heute nach Herrn Prof. Knackfuss dem kranken Europa als ein früherer mordender und sengender asiatischer Horden dargestellt wird.

Wir fürchten, Herr Prof. Knackfuss hat sich mit dem Mangel an historischer Kenntnis, den er bei seinem allegorischen Bilde zeigte, vor allen Geistes- und Gebildeten Europa's arg bloßgestellt.

jede Minute das Ministerium stürzen, allein sie müßten thun, was zu thun ihnen nicht möglich, weil ihrem Wesen widerstreitend — sie müßten die Wahrheit sagen, sie müßten im Aropropag der Nation feierlich beichten: „Was wir bisher von göttlicher und menschlicher Weltordnung, von Religion und Sitte geredet haben, das war nur für die Dummen — es giebt bloß eine göttliche und menschliche Weltordnung, die wir anerkennen, und das ist, daß jeder von uns so viel raubt und stiehlt als er kann, so gut lebt wie er kann, mit einer oder mehreren Flora daß die Heiligkeit der Familie beweist, und das alberne Volk anspricht, das unsere scheinheiligen Geschäftsreklamen für boare Münze nimmt. Ja, wir sind Spitzbuben nach den Moralbegriffen der Sozialdemokraten; der Kapitalismus, auf dessen Kosten wir sitzen, hat aber eine höhere Eigentumsform erzeugt — ein Eigenthum, welches das keine, philisterhafte, aus proletarischer Arbeit entspringende Eigenthum aufstößt, und dieses unser Eigenthum, das die Umsürzler als durch Raub und Diebstahl gewonnen bezeichnen, es ist das einzig wahre Eigenthum, und dieses unser Eigenthum — nicht die Gerechtigkeit, jenes Rebelbild hinwerkbrannter Phantasten — ist die Grundlage der Staaten. Die Regierung, welche uns, den eigentlichen Stützen des Staats, den Krieg erklärt hat, stellt sich damit außerhalb der kapitalistischen Weltordnung. — Genieß, wir sind Spitzbuben! Wir sind es, weil wir Stützen der kapitalistischen Gesellschaft sind! Nieder mit der Regierung, welche die Stützen der Gesellschaft umstürzen will, indem sie die spießbürgerliche, nein die sozialistische, die revolutionäre Ehrlichkeit zum Regierungsprogramm erhebt.“

Ja, wenn die Herren die Ehrlichkeit hätten, sich offen gegen die Ehrlichkeit zu erklären — dann wäre das neue Ministerium im Handumdrehen gestürzt. Jedoch so zynisch sie sonst sind, die sen Muth der Wahrheit haben sie noch nicht gehabt. Vielleicht kommt er ihnen noch.

Jedenfalls ist es ein merkwürdiges Schauspiel, das Frankreich uns jetzt darbietet. Während im zahmen, für Religion, Ordnung und Sitte schwärmenden Deutschland der Geist Hammerstein's und Stöcker's noch über den Wassern schwebt, hat im wilden Frankreich eine Jagd auf die großen Spitzbuben begonnen — zum ersten Mal in der Weltgeschichte.

Unerhört! Den Aliba ist Lügen gestraft — das war noch nicht dagewesen.

Ja, es ist eine Revolution, daß der Staat seine Hand gegen die Millionen-Spitzbuben kehrt, und den Augiasstall des Kapitalismus aufzulegen will.

Für Herrn Bourgeois wird die Arbeit zu schwer sein. Zur Reinigung des Augiasstalls bedurfte es eines Hercules. Wohl an — wofür die Kräfte des Herrn Bourgeois nicht ausreichen, das verrichtet, sobald seine Zeit da ist, der Sozialismus.

Etwas ganz besonderes.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Breslauer Morgenzeitung“ die folgende interessante Betrachtung über die Rolle Breslau's in der neueren Phase deutscher Rechtspflege:

Die Verurtheilung Liebknecht's steht im Vordergrund der öffentlichen und vertraulichen Erörterung. Das Tagesgespräch dreht sich um dieses Ereignis; eine allgemeine Beachtung, die freilich nicht allein auf die Bedeutung des Ereignisses, sondern auch auf das augenblichliche Fehlen anderer männlich-päcker Begebenheiten zurückzuführen ist. Nicht nur hier am Orte zeigt sich ein weitgehendes Interesse des Publikums für die Angelegenheit, sondern unseren Nachrichten nach auch in vielen, vielen Orten des Reichs, vor allem in Berlin. Umenthalten plaudern man über das Urtheil der Breslauer Strafkammer und allerorten schüttelt man zu dessen Begründung den Kopf. Darüber kommen auch entschiedene und erbitterte Gegner Liebknecht's nicht hinweg, die im übrigen mit der Verurtheilung selbst durchaus einverstanden sind.

Wie man aber auch über das Erkenntnis denken mag, zweifellos ist, daß es um seiner Begründung willen etwas Neues, etwas Bahnbrechendes, etwas Uadänderliches auf dem Gebiete der heimlichen Strafrechtspflege darstellt. Erlangt dieses Erkenntnis Rechtskraft, so ist die Möglichkeit, jemanden wegen Beleidigung zu verurtheilen, ins Unabsehbare erweitert. Dem Strafrichter ist alsdann ein großes, bisher unbetretenes Gebiet erschlossen, auf dem er sich zwanglos ergen kann. Jemand hat nicht beleidigt, aber er ist dennoch wegen Beleidigung zu verurtheilen, weil er nicht genug Rücksicht darauf genommen hat, daß etliche seiner Zuhörer ihn mißverstehen konnten — vom Standpunkte desjenigen gerwädigt, der da meint, um das Heil

Die Knackfuss-Allegorie.

Die letzte Nummer des „Vorwärts“ enthält eine längere Auseinandersetzung über den Sinn, der dem Knackfuss'schen Bilde zu geben sei. Mit Recht wird in dem Artikel auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, der dem Bilde zu grunde liegt. Nach der Darstellung auf demselben handelt es sich um einen Kampf der europäischen Kulturvölker gegen die asiatischen Horden, die unter Führung Buddha's, von Osten kommend, alles vor sich verheerend, in Europa einzubringen drohen. Andere gaben dem Bilde den Sinn, daß es eine Allegorie sei, der zufolge unter den asiatischen Horden die europäischen sozialistischen Motten verstanden werden sollen. Diese letztere Ansicht spricht auch Herr Professor Knackfuss ziemlich deutlich in der Erklärung aus, durch die er den Sinn seines Bildes deutet, und die gleiche Auffassung hegt augenscheinlich auch die Firma Künstler und Kulhardt, Behrensstraße hier, die den geschäftlichen Vertrieb des Knackfuss'schen Bildes übernommen hat. Die Firma verbreitet ein Zirkular in dem sie zum Kauf des Bildes unter andern mit den Worten anregt: die Kulturvölker Europa's würden durch dasselbe zu gemeinsamer Abwehr gegen die Elemente aufgefordert, welche bewußt oder verblendet Vernichtung vieltausendjähriger Kultur erstrebten.

Unter denen, die „bewußt oder verblendet“ die vieltausendjährige Kultur Europa's zerstören wollen, können aber die unter des göttlichen Buddha Führung hervorbrechenden asiatischen Horden nicht gemeint sein; denn diese würden wissen, was sie wollen. Daß der Sinn auch in der That ein ganz anderer ist, dafür spricht weiter der Schluß des Zirkulars, in dem es heißt: „Kein Besizender sollte es vermägen, dieses Bild so oft als möglich zu verschlecken, sei es an Freunde und Bekannte, sei es an Angestellte oder Untergebene, um so in eindringlicher anschaulicher Weise die Mahnung zur Abwehr gegen die Feinde der Gesittung in alle Bevölkerungsschichten zu tragen.“

Es handelt sich also hiernach in der That nicht um einen Kampf gegen die hereinbrechenden asiatischen Horden, die übrigens gegenwärtig die intimen Freunde Rußlands sind, das auf dem Bilde ebenfalls unter den Kulturvölkern Europa's dargestellt ist, sondern um einen Kampf gegen den sogenannten inneren Feind, die böse Sozialdemokratie, zu dem das Bild anregen und anfeuern soll. Aber

worden ist, daß er sich bis auf weiteres aller kirchlichen Berichtigungen zu enthalten habe. Die wiederholten Audienzen, die der Präsident des Oberkirchenraths, Barkhausen, neuerdings und zuletzt Anfang voriger Woche beim Kaiser hatte, werden mit dieser Angelegenheit in Verbindung gebracht.

Der die Zeugenaussage des Oberhofmeisters v. Mirbach im Kameelinschiff-Process gelesenen hat, konnte sich sagen, daß etwas gegen Herrn Stöcker im Werke war. Der gewandte Hofmann würde sonst nicht seinen Exkurs gegen das Volk so scharf pointirt haben. Deshalb klingt die obige Meldung ganz wahrscheinlich.

Unsere Stellung gegen Herrn Stöcker wird durch jenes Disziplinarverfahren natürlich nicht berührt, wie der Ausgang auch sein mag. Wir waren seine Gegner, als er noch im Glanze der höchsten Sonne einerschritt. Wir haben ihn auch fortan zu bekämpfen. Ein Disziplinarverfahren indeß kann um so weniger unsere Stellung zu Herrn Stöcker beeinflussen, da in dieser Zeit auch gegen andere Männer Disziplinarverfahren eingeleitet werden aus Gründen, die wir keineswegs billigen können.

**Die belgischen Kommunalwahlen.** Der erste Gang ist ausgefallen und hat, darin stimmen Freund und Feind überein, mit einem vollen Siege der Sozialisten geendet. Aber nun heißt es für unsere belgischen Genossen am nächsten Sonntag, den 24. November, von neuem auf das Schlachtfeld zu steigen und zu neuen Siegen sich um das Banner des Sozialismus zu scharen. In den Gemeinden von mehr als 20 000 Einwohnern müssen nämlich, nach dem Befehle von Hellette, Erasmänner für die Gemeinderäthe gewählt werden und hierbei wählen Arbeiter und Kapitalisten getrennt, und zwar nach einem absonderlich gestalteten Minoritäts-Wahlrecht. Diese Ergänzungswahlen sind wichtig, weil sie in vielen Gemeinden über die definitive Mehrheit entscheiden. Die belgische Parteileitung ruft deshalb auch die Genossen zu energischer Arbeit heraus, damit sie am 24. ihren Sieg vom vorigen Sonntag vervollständigen. — Bei den Hauptwahlen, deren Ergebnis jetzt überschläglich vorliegt, ist das bemerkenswerthe, daß der Liberalismus, der in den Städten vor Sozialisten und Ultramontanen vollständig die Segel streichen mußte, auf dem für ultra-kerikal verschrieenen Lande einigen Erfolg zu verzeichnen hat; das beweist, daß dort die politische Einsicht noch nicht sehr fortgeschritten ist, daß aber die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen auch diese ergriffen hat. Nachdem erst einmal der Pfarrer, der bisherige Herr und Meister, gestürzt ist, werden die Bewohner der kleinen Landgemeinden bald erkennen, daß auch die Liberalen, die nicht konservativ genug sind, um mit der Regierung durch Dick und Dünn zu gehen und nicht radikal genug, um sich dem Sozialismus anzuschließen, ihnen nicht werden helfen können: dann aber werden auch sie sich zu dem entscheidenden Schritt entschließen und zum Sozialismus übergehen.

**Ein Brief des Sultans.** Daß ein Monarch, und noch obendrein einer, der in seinem Land absolute Macht hat und von Hunderten von Millionen, ähnlich wie der Papst für den obersten Herrn der Gläubigen gehalten wird, einem fremden Minister unter eigenem Namen und eigenhändig eine — Berichtigung schickt und ihn auffordert, eine falsche Behauptung zu widerrufen — das ist noch nicht dagewesen. Und als Lord Salisbury, der englische Ministerpräsident, den Brief des Sultans erhielt, der ihm Unrichtigkeiten in seiner famosen Lord-Mayorsrede vorwarf, da war er gewiß etwas verdutzt.

Der Zwischenfall hat insofern eine gewisse politische Bedeutung, als er zeigt, daß der Sultan mit England auf gutem Fuße zu stehen wünscht. Es wird darüber telegraphirt: Brighton, 19. November. Lord Salisbury hielt heute in einer Verammlung der Konservativen eine Rede. Er theilte mit, er habe ein Schreiben des Sultans empfangen bezüglich seiner Guildhalle (beim Lord Mayor's Schmans), worin er sein geringes Vertrauen ausgesprochen hatte, daß die zugesagten Reformen in der Türkei durchgeführt würden. Das Schreiben des Sultans befragt die Aeußerung habe den Sultan sehr geschmerzt, da die Durchführung der Reformen bei ihm beschlossene Sache sei und er auch wünsche, dieselben baldmöglichst zur Ausführung zu bringen. „Ich habe meinem Minister“, fährt das Schreiben fort, „dies bereits erklärt. Die einzige Veranlassung, daß Lord Salisbury in dieser Weise in meine guten Absichten Zweifel setzen konnte, müssen Intriguen gewisser Personen hier oder anderswo sein. Es müssen unwohler Behauptungen ausgebreitet worden sein, um diese Meinung hervorzuheben. Ich wiederhole, ich werde die Reformen durchführen und selbst darüber wachen, daß jeder Artikel in Wirklichkeit gebracht wird. Das ist mein erster Entschluß, hierfür verbinde ich mein Ehrenwort. Ich wünsche, daß Lord Salisbury hiervon Kenntniß nehme und bitte, daß er im Vertrauen auf diese Erklärungen eine andere Rede halte.“ Salisbury führte hierauf aus, er habe sich aus Gründen der Höflichkeit verpflichtet gefühlt, diese Mittheilung zu verlesen, doch könne er natürlich die Worte des Sultans nicht kommentieren. Im weiteren Verlaufe seiner Rede berührte der Premierminister das europäische Konzert und erklärte, was immer geschehe, müsse mit Einmüthigkeit geschehen. Sodann drückte Lord Salisbury sein tiefes Bedauern über die Erkrankung des türkischen Vorkämpfers Rustem Pascha aus, den er außerordentlich rühmte, besonders wegen seines Wirkens als Gouverneur des Libanon. Wenn Männer wie Rustem für Armonien zu sorgen gehabt hätten, wäre das Gewissen Europas niemals durch Verichte über Schreckensthaten und Leiden erschüttert worden. Wenn Männer wie er jetzt die Umgebung des Sultans bildeten, befände keine Nothwendigkeit, zu dem groben Mittel einer äußeren Einwirkung der Mächte zu greifen. Er könne hier nicht auf die Frage eingehen, warum gegenwärtig keine solchen Männer um den Sultan seien, doch sei das armenische Problem ebenso sehr eine Frage geeigneter Männer als richtiger Gesehe. Der bloße Erlaß neuer Verfügungen könne die Stelle fähiger und muthvoller Gouverneure nicht ersetzen. Die Mächte würden ihr Bestes thun, aber das tiefliegende Leiden könne nicht mit einer Zauberruhe geheilt werden.

### Deutsches Reich.

Der Bundesrath überwiegt in seiner Sitzung vom 21. November verschiedene Gesetzentwürfe den Ausschüssen, und zwar 1. über die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1898/97, 2. wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichs-Eisenbahnen, sowie 3. für die Feststellung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1898/97. Dem Ausschuss anträgen zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von unläuterer Wettbewerbs und zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 wurde die Zustimmung ertheilt. Der Ausschussbericht über den Entwurf des Etats über den allgemeinen Pensionsfonds zum Reichshaushalts-Etat für 1898/97 wurde genehmigt, ebenso die Ausschussberichte über Entwurf von Etats zum Reichshaushalts-Etat und zwar des Reichs-Eisenbahn-Amtes und des Rechnungshofes.

Das neue Zuckersteuer-Gesetz ist nunmehr dem Bundesrath und zwar als „Präsidentialvorlage“ zugegangen. Der „Hamburger Korrespondent“ berechnet, daß die Erhöhung der Ausfuhrschüsse von 125 auf 4 M. eine Ausgabe von 48 Millionen, also 33 Millionen mehr als im vorigen Jahre verursachen würde. Dieses Mehr soll, wie wir erwähnten, durch eine Erhöhung der Verbrauchsteuer im Inlande hervorgebracht werden.

Das Ende der Medizinalreform kündigt die „Post“ an, indem sie schreibt: Die Medizinalreform, soweit sie das Physikat zum Hauptamt und den Physikus zum ausübendsten, pensionberechtigten Beamten zu machen bezweckt, ist am Widerstand des Finanzministeriums endgültig gescheitert und vor einiger Zeit definitiv begraben worden.

Eine Militärreform ist noch niemals an dem Widerstande eines Finanzministers gescheitert.

Wegen der Besteuerung des Tragens von Mästen haben, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ jetzt meldet, der Finanzminister und der Minister des Innern unter dem 20. Juli auf die Eingabe eines Oberpräsidenten entschieden, daß das Tragen von Mästen mittels einer entsprechenden Ordnung gemäß des Kommunalabgaben-Gesetzes selbst dann besteuert werden kann, wenn die sonstigen Einnahmen der Gemeinde aus dem Gemeinvermögen u. z. zur Deckung ihrer Ausgaben ausreichen. Denn die Besteuerung ist geeignet, auf eine Verminderung der Mästeraden und damit der Anzutraglichkeiten hinzuwirken, die mit dem Tragen von Mästen vielfach und zumal dann verbunden sind, wenn dasselbe im Uebermaße stattfindet. Die Minister würden aber auch kein Bedenken dagegen haben, wenn die Besteuerung von einer Gemeinde in Rahmen einer Aufbarkeitssteuer-Ordnung beschlossen werden sollte.

Sonderbare Schliche preussischer Beamter. In der bürgerlichen Presse lesen wir:

Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß ein größerer Theil der insbesondere wegen Forstdiebstahls Verurtheilten die erkannten Freiheitsstrafen nicht freiwillig angetreten hat, sondern zur Verbüßung derselben zwangsweise vorgeführt werden mußte. Diese Erscheinung ist nach angestellten Ermittlungen daraus zurückzuführen, daß die zur Ausführung der Transporte regelmäßig verwendeten Transporteure in der Absicht, die Zahl der Transporte zu vermehren und sich die mit denselben verbundenen Einnahmen häufiger zuzuwenden, die Verurtheilten von der freiwilligen Bestellung abhielten oder auch in solchen Fällen, wo mehrere Personen gleichzeitig transportirt werden sollten, jede einzeln beförderten. Die Regierungspräsidenten sind daher seitens des Ministers des Innern unter dem 26. September ersucht worden, die beihilgigen Behörden ihrer Bezirke auf dieses Treiben aufmerksam zu machen, um gegebenen Falles dagegen einzuschreiten.

Zur Abschließung der aktiven Soldaten von der Sozialdemokratie versucht man alle möglichen Mittel. In dem vom Grafen von Waldersee kürzlich herausgegebenen Leitfaden für den Dienstunterricht des Infanteristen heißt es auf Seite 17: „Die Theilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist den Soldaten gesetzlich verboten. Um einem nicht politischen Verein z. B. dem Verein der Handlungsgesellen, Tapezierer u. a., dem der Soldat vielleicht vor seiner Einstellung angehört hat, weiter anzugehören oder in einen solchen einzutreten, ist die ausdrückliche Erlaubnis des Kompaniechefs erforderlich. Diefelbe muß ebenfalls eingeholt werden, wenn der Soldat von einem Vereine zu einem Fest oder einer Landpartie eingeladen wird.“

Und nachher, wenn der ausgediente Soldat wieder daheim ist aus den Ferienkolonien?

Erfurt, 21. November. Die Berufungs-Strafkammer des hiesigen Landgerichts verwarf heute nach mehrstündiger Verhandlung die von dem ersten Staatsanwalt Lorenz eingeleitete Berufung gegen seine Verurtheilung zu 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Redakteurs Hülle. Gleichzeitig wurden dem Verurtheilten die Kosten des Verfahrens und auch die dem Privatkläger durch die Berufung entstandenen Kosten aufgelegt.

Schwerin in Mecklenburg, 20. November. Der Landtag nahm eine Vorlage über die Vermehrung des mittleren und kleinen Grundbesitzes in Mecklenburg mit 74 gegen 11 Stimmen an.

Aus dem sächsischen Landtage. Schon in der zweiten Sitzung der zweiten Kammer hat die sozialdemokratische Fraktion den folgenden Wahlreform-Antrag eingebracht: Die Kammer wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, noch diesem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für alle Staatsangehörigen vom 21. Lebensjahre an zur Einführung gelangt und das Gesetz vom 3. Dezember 1898, die Wahlen für den Landtag betr., aufgehoben wird.

Die konservative Fraktion hat eine Interpellation über die Eisenbahnfälle eingebracht.

Der badische Landtag ist nun auch zusammengetreten. Der Minister des Innern Eisenlohr legte drei Gesetzentwürfe vor, erstens betreffend Aenderung des Beamtengesetzes, zweitens betreffend Aenderung der Wahlordnung, wodurch u. a. eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses geschaffen werden soll, drittens die Dunde-neuer betreffend. Darauf brachte der Finanzminister Dr. Buchenberger den Etat ein und gab eine Uebersicht über die finanzielle Lage des Landes in den letzten 10 Jahren.

Der Rechtsanwalt Pfizer in Ulm, früher Landgerichtsrath am dortigen Gericht, richtet an die „N. Ztg.“ folgende Zuschrift: Im August d. J. habe ich, um eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeizuführen, ob ich mit Recht oder mit Unrecht, durch eine Gewaltthat, des Amtes entsetzt worden bin, mich in einigen an hiesige Behörden gerichteten Schriftsätzen als Landgerichtsrath a. D. unterzeichnet. Die Thatfache wurde — mit meinem Wissen und Willen — von der „Schwab. Tagwacht“ schon im September gerichtswise, am 2. Oktober mit aller Bestimmtheit erzählt. Das württembergische Justizministerium, wo die „Tagwacht“ ohne Zweifel genau gelesen wird, hat sich dadurch zu keinem Einschreiten veranlaßt. Erst nachdem ich selbst der Staatsanwaltschaft die Nummer der „Tagwacht“ vom 2. Oktober mit einem Schreiben vom 14. Oktober die Nummer einer Berliner Zeitung, worin die Nachricht der „Tagwacht“ besprochen war, zur eigenen und ministeriellen Kenntnisaufnahme vorgelegt hatte, ist am 9. d. M. das eingangs erwähnte Verfahren eröffnet worden. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht wird am 26. d. M., nachmittags 3/4 Uhr, stattfinden.

Der Pfizer, das ist auch so einer, der nicht einschweifen will, wie die Unteroffiziere. Dem wird's jetzt auch gegeben — von Rechts wegen.

München, 20. November. (Sig. Bericht.) Die Vorberathung oder richtiger die Hauptberathung des Militäretats im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer vollzieht sich in diesem Jahre weniger ruhig als sonst. Der frühere absolut militärische ja militärwächtige Referent, ein gewisser Kommerzienrath Wolff ist wegen Erkrankung ausgetreten und an seine Stelle der halb freisinnige Landgerichtsrath Wagner gekommen. Dieser nimmt die Sache etwas genauer und verlangt von dem Kriegsminister detaillirte Auskunft über die einzelnen Positionen. Am Gesamtetat kann ja reichsverfassungsgemäß hier nichts geändert werden, das ist Sache des Reichstages, allein die Kritik der Zustände giebt immerhin recht nützliche Beiträge für die Beurtheilung des Wesens unseres

Militärismus. Besonders interessant ist dies bezüglich des Pensionsetats. Auf Grund des jugendlichen Materials giebt die ultramontane „Augsburger Postzeitung“ darüber folgende belehrende Ziffern. Im Etatsjahr 1887/88 betrug die Zahl der pensionirten Offiziere und Kerle 863 mit einem Pensionseinkommen von 2 428 740 M., im Etatsjahr 1895/96 bereits 1095 mit 3 571 681 Mark. Seit neun Jahren hat also Bayern 231 Pensionisten mehr zu ernähren mit einer Summe von 1 143 941 M. Darunter ganz zweifellos eine große Zahl von 800 dienstfähiger Offiziere. Die höchste Ziffer der pensionirten Offiziere der Charge der Hauptleute und Rittmeister, der Leute, die aus irgend welchen Gründen an der „Majorsbede“ gestolpert sind und die von der Bevölkerung ernährt werden müssen, weil nur ganz besondere Glückstünder zu Regimentskommandeuren ausersehen werden dürfen. Die Hauptleute erhalten Jahrespensionen von 780 bis 5000 Mark, die Majore darüber hinaus. Es wurden pensionirte im Jahre 1887/88 91 Majore 322 Hauptleute, 1895/96 240 Majore, 392 Hauptleute. Die Zahl der pensionirten Majore ist also um mehr als das 2/3fache gemachsen, die Gesamtsumme des Pensionsetats um mehr als ein Drittel. Und nach den Bemerkungen des Kriegsministers von Uch ist auf absehbare Zeit keine Aenderung zu erwarten. Die Anstalten über die „Schlagfertigkeit der Armee“ laufen in Bayern parallel mit den preussischen. Dies Steigen der Pensionslasten steht zwar in tristem Mißverhältniß mit dem Anwachsen der Armee, aber, was will man? Das herrliche Kriegsheer muß ja „verjüngt“ werden.

München, 20. November. (Sig. Bericht.) Mangelnde sozialpolitische Einsicht, Einsätze der preussischen und sächsischen Jurisdiktion beginnen ihre Wirkung auf die bayerische Rechtspflege immer mehr auszuüben. Nach verschiedenen seltsamen Fällen in Nürnberg, nach dem berühmten „Grosen-Unsug-Process“ der sechs Münchener Redakteure in Sachen Fuchsmühl, scheint sich die hiesige Gerichtspraxis auch um die ausgiebige Anwendung des Grosen-Unsug-Paragraphe gegen die Presse ernstlich bemühen zu wollen. Gen. O. Schmid, verantwortlicher Redakteur der „N. Post“, hat seihen einen Strafbefehl auf 20 M. oder 4 Tage Haft erhalten wegen Uebertretung des § 300, 11 des Strafgesetzbuches. Den großen Unsug soll er dadurch verübt haben, daß er in der „Mündl. Post“ vom 22. v. M. in der Abtheilung „Arbeitervewegung“ zwei Artikel (Notizen 1): „Dachdecker. Achtung!“ und „Schäffler. Achtung!“ aufnahm, in welchen eine Verurtheilung einer hiesigen Firma durch eine am 20. v. M. stattgehabte Dachdecker-Versammlung und einen Aufruf zur Unterstützung eines in St. Pölten ausgebrochenen Fabrikbinder-Streiks durch Fernhaltung von Zugang veröffentlicht, welche Artikel hiernach (1) „geeignet“ sind, das Publikum zu beunruhigen.“ Diese Praxis ist für Bayern völlig neu. Vergehen durch die Presse verübt gehören vor das Schwurgericht und bis zu diesem von einer Anzeige der Polizeidirektion geseitigten Falle wurde der Rath an die Arbeiter nicht als „Beunruhigung“ aufgefaßt. Selbstverständlich wird Genosse Schmid Einspruch erheben, um einen prinzipiellen Entscheid darüber herbeizuführen, ob es in der Macht der Gerichte liegt, die Koalitionsfreiheit, wie sie durch die Gewerbe-Ordnung mangelhaft genug gewährleistet wird, völlig zu schänden zu machen. Allerdings würde diese „Rechtsgebahrung“ in herrlichem Einvernehmen mit der polizeilich betriebenen Anwendung des Vereinsgesetzes, welche so schon die Erörterung gewerkschaftlicher Angelegenheiten fast zur Unmöglichkeit macht. Jedenfalls hat aber die gesamte Presse allen Grund, Stellung gegen die weitere Anwendung des „Grosen Unsug-Paragraphe“ zu nehmen und auch im Landtag wird darüber gesprochen werden müssen, daß durch derartige juristische Gespinnstereien die gesamte Bevölkerung erst recht beunruhigt wird.

Nürnberg, 20. November. Sig. Bericht. Eine echt freisinnige That hat der Nürnberger Magistrat wieder vollbracht. Er hat wiederholt beschlossen, daß die zwei die Fabrikrevision ausübenden Polizeiorgane sich vor der Revision beim Fabrikanten zu melden haben. Herr Fabrikinspektor Kopf hat gegen diesen Beschluß Beschwerde bei der Regierung geführt, und letztere hat in einer Entscheidung die nochmalige Berathung der Sache im Magistrat, resp. in dem von diesem eingesetzten Polizeienat angeordnet, welcher indeß bei dem gefaßten Beschlusse beharrte. Solche Beschlüsse lassen die „Freisinnigen“ vom Nürnberger Stadtrath und zwar auf Beschwerde zweier Fabrikanten hin, die sich nach Behauptung des Referenten im Polizeienat, Rechtsrath Beckh, Verfassungen gegen die Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter zu schulden kommen lassen, indem sie deren Namen in die hierzu bestimmten, in den Fabrikräumen anhängenden Formulare nicht eingetragen haben.

### Oesterreich.

In den böhmischen Landtag wurden am Mittwoch gewählt 46 Jungbohemer, 27 Deutschliberale, 2 Deutsche nationale, 2 Mitglieder der tschechischen Bauernpartei, 1 Litzeche und 1 Klerikaler.

Leuberg, 21. November. Der Vizepräsident der hiesigen Finanz-Landesdirektion forderte dieser Tage alle ihm unterstellten Beamten auf, mit allen Personen in öffentlicher Weise zu verkehren und sich gleichmäßig entgegenkommend zu zeigen; namentlich sollen sich die Beamten das Duzen der Bauern abgewöhnen.

### England.

London, 20. November. Das bekannte frühere Parlamentsmitglied Jabez Balfour wurde heute vor Gericht des Betruges überführt. Die Urtheilsskizze wurde jedoch noch ausgesetzt, da noch weitere Untersuchungen im Gange sind.

### Frankreich.

Die Aufhebung des Merlin'schen Gesetzes, das den Eisenbahnarbeitern und Angestellten Anstände unter Strafanzeige verbietet, wird, wie aus Paris verlautet, von dem neuen französischen Ministerium wahrscheinlich beantragt werden.

Marseille, 20. November. Hier traf gestern aus Madagaskar der Postdampfer ein. Er brachte von dort 361 Soldaten wieder nach Frankreich zurück, von denen viele sofort in das Militärhospital gebracht werden mußten. Während der Ueberfahrt starben 15 Mann. An Bord des Postdampfers befand sich weder ein dienstfähiger Arzt, noch ein dienstfähiger Krankenpfleger.

### Italien.

Rom, 21. November. Eröffnung der Deputirtenkammer. Die Deputirtenkammer nahm heute ihre Arbeiten wieder auf. Der Präsident theilte mit, daß der Justizminister Galenda die Akten betreffend die Prozesse gegen Giolitti und andere wegen Beiseiteziehung von Urkunden dem Hause vorgelegt habe. Giolitti erklärte, er freue sich über diese Mittheilung; er sei bereit, über seine Thätigkeit als Minister und als Deputirter Rede zu lesen und sein Verhalten dem Urtheil der Kammer zu unterwerfen. Die Akten werden den Abtheilungen des Hauses übergeben werden.

Rom, 19. November. (Sig. Bericht.) In Italien beginnt die Kriegsverwaltung in verchiedener Weise auf die Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes Rücksicht zu nehmen. Zunächst wird die Friedensstärke der Kompagnien, die bisher aus Rücksicht auf die Staatsfinanzen nur 50 Mann betrug, bis auf 85 Mann erhöht werden. Dies soll dadurch erreicht werden, daß ein Theil der Soldaten der Altersklasse 1874 auch nach Einstellung der Altersklasse von 1875 unter den Waffen bleibt und

daß von der letzteren Klasse vorläufig keine Mannschaften beurlaubt werden. Hiermit hängt zusammen, daß ein Gefesentwurf, welcher den Militärdienst der über ganz Italien verbreiteten Schützenvereine eine Verlängerung der militärischen Dienstzeit gewähren sollte, jetzt keine Aussicht auf Verwirklichung mehr hat. Auch wird darauf hingewiesen, daß eine vom Kriegsministerium geplante Abänderung der Mobilisierungsordnung in dem gegenwärtigen Zeitpunkte nicht wohl mehr eingeführt werden könne, weil ihre Durchführung einen größeren Zeiterlaß erfordere, als mit der gegenwärtigen politischen Lage verträglich sei; auch diese Reform wird also wahrscheinlich vertagt werden. Als ein kriegerisches Symptom ist es in Italien auch angesehen worden, daß das französische Ministerium die in Nizza in italienischer Sprache erscheinende Zeitung „Il Paese“ ohne besonderen Anlaß unterdrückt hat. Die Italiener haben übrigens ihre irredentistischen Ansprüche auf Nizza niemals stark hervorgekehrt, ihr Irredentismus hat sich vielmehr stets gegen das verbündete Oesterreich gerichtet. Die nizzardischen Geste mühten sich bei den letzten Septemberfesten in Nizza ganz im Verborgenen halten, während die Deputationen aus Triest und Trient ganz offen austraten und an allen Festtagen theilnahmen. Gleich bei Anfang der neuesten Orientkrisis bot man in italienischen Zeitungen Oesterreich das weitestgehende Salonidi als Ersatz für Triest an; und neuerdings weist man Oesterreich wiederum auf Salonidi hin, damit es Italien erlaube, sich am anderen Ufer des adriatischen Meeres, in Albanien festzusetzen. Die italienische Regierung fürchtet wohl, daß solche Vorschläge auch im italienischen Parlamente zum Vorschein kommen könnten, deshalb läßt sie durch ihre Zeitungen die Abgeordneten ermahnen, von einer Orientdebatte womöglich ganz abzusehen. Ob auch der weitere Rath der offiziellen Blätter, man solle angesichts der politischen Lage von allen persönlichen Angriffen gegen Crispi absehen, Ausschluß auf Befolgung hat, ist zweifelhaft, denn man kann dem Parlamente doch kaum zumuthen, zugleich über die innere und über die auswärtige Politik zu schweigen.

#### Rußland.

— Russischer Streik. In der Stadt Iwanowo-Wosnessensk (Gouvernement Wladimir) ist, wie telegraphisch gemeldet wird, ein großer Arbeiterstreik ausgebrochen. Infolge dessen entstand ein heftiger Tumult auf den Straßen. Der Gouverneur von Wladimir eilte von dort herbei und versuchte in einer Anrede die Arbeiter zu beruhigen; er erklärte, es wäre eine Thorheit, die Arbeit einzustellen. Die Leute antworteten ihm in brücker Weise. Da alle Mittel zu einer Beruhigung vergeblich blieben, wurden Kosaken requirirt; es entspann sich ein Sittenkampf, wobei drei Arbeiter erschossen wurden.

#### Türkei.

Konstantinopel, 19. November. Die türkischen Behörden in Rusch entwickelten große Thätigkeit in der Unterdrückung der Ausbrüche des Fanatismus im dortigen Bezirke. Es sind dort nur 6 Personen getödtet und 40 verwundet worden; weiteres Blutvergießen wurde durch das scharfe Einschreiten des Militärs verhindert, der großen persönlichen Muth an den Tag legte. Die mohamedanischen Soldaten haben sich während des Zusammenstoßes korrekt verhalten. Die Beamten sind überall aufs eifrigste bemüht, den Meutereien in Kleinasien ein Ende zu setzen.

Aus amtlicher türkischer Quelle wird gemeldet: Armenische Insurgenten in einer Stärke von über 800 Mann überfielen den Distrikt Ganderin, steckten das Regierungspalais und muslimanische Wohnhäuser in Brand und nahmen muhamedanische Familien, welche nicht flüchten konnten, gefangen. Die Ortschaft Kuluher im Wilajet Marasch wurde gleichfalls von denselben Aufstrebenden überfallen, welche 10 Wohnhäuser sammt allem darin befindlichen Mobilien verbrannten.

#### Amerika.

— Aus New-York wird dem „Daily Chronicle“ berichtet: Der geplante Eisenbahntrust behufs Regelung der Tarife auf zehn der großen Bahnsysteme der Union und Kanadas ist nunmehr eine vollzogene Thatfache. Die Organisationsbestimmungen dieser „Central-Traffic-Assoziation“ wurden gestern unterzeichnet. Gleichzeitig wurde der Central-Aussichtsrath mit weitgehenden Vollmachten formell ernannt. Man hält hier vielfach dafür, daß die Schaffung dieses riesigen Trust den Geist und bald wohl auch den Buchstaben des Interstate-Commerce-Law verletze.

### Partei-Nachrichten.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages tritt am 4. Dezember zusammen, um sich für die bevorstehende Session zu konstituiren. Zugleich wird in der Sitzung über die Befehle der ständigen Kommissionen, über die Vertheilung der Referate, sowie über die einzubringenden Initiativanträge beraten werden.

In den Stadtraths-Wahlen in Oldenburg werden sich in diesem Jahre auch unsere Genossen betheiligen. Da auf Grund eines Dreiklassen-Wahlsystems gewählt wird, kommt natürlich nur die dritte Klasse in Betracht. Zu dem Zwecke sind die Genossen Klein, Sating und Sanders als Kandidaten und folgendes Programm aufgestellt: 1. Aufhebung der Ständewahlen. 2. Ertheilung des Bürgerrechts an alle zur Stadt zugehörigen Personen, die Steuer zahlen und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. 3. Dedung aller Ausgaben durch einen progressiv steigenden Zuschlag zur Einkommensteuer. 4. Verhinderung aller indirekten Steuern. 5. Viertelsjährige Steuererhebung. 6. Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes unter Selbstverwaltung der Arbeiter. 7. Vergebung der städtischen Arbeiten nur an Unternehmer, welche die von den Gewerkschaften festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen. 8. Abschaffung aller Monopole. 9. Uebernahme der kulturellen Anlagen in städtische Verwaltung. 10. Schaffung einer einheitslichen Volksschule. 11. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in derselben. 12. Ueberwachung der Gesundheitspflege in den Schulen durch eine vom Stadtrath gewählte Kommission, in welcher ein Arzt sith. 13. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfe und der Heilmittel. 14. Errichtung eines kommunalen Friedhofes. 15. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung. — Die Wahlen finden am 28. November statt.

In Zwickau wurde in einer Wahlvereins-Verammlung ebenfalls beschlossen, sich an der nächsten Stadtverordneten-Wahl zu betheiligen; eine neungliedrige Kommission erhielt den Auftrag, die Auffstellung der Kandidaten und die sonstigen Geschäfte zu erledigen.

Partei-Preise. In Wien erscheint seit Mitte November ein Parteiblatt in italienischer Sprache: „L'avvenire“ („Die Zukunft“). Es kommt monatlich zweimal zur Ausgabe. Redaction und Administration befinden sich Wien V, Szengergasse 7, 11/26.

Aus Argentinien wird gemeldet: Eine in Buenos Ayres stattgehabte sozialistische Konvention beschloß einstimmig, sich an den nächsten Wahlen zu betheiligen. Um allen „Eventualitäten“ vorzubeugen, wurde weiter beschlossen, „in dem bevorstehenden Wahlkampf keinerlei Verbindung mit irgend einer bürgerlichen Partei einzugehen“.

Todtenliste der Partei. In Dresden starb der Parteigenosse Wörich W. Er war früher Zimmermann und wurde infolge seiner Thätigkeit für die Gewerkschaft gemahregelt, sodas er gezwungen war, einen anderen Erwerb zu suchen; er betrieb eine Scharnweberei.

#### Vollzeilliches, Gerichtliches etc.

— Den 51 Frauen und Mädchen des ehemaligen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins für Nürnberg und Umgebung ist nunmehr seitens der Nürn-

berger Strafkammer das 26 Seiten umfassende Urtheil zugestiftet worden. Bekanntlich wurde die Schließung des Vereins für immer ausgeprochen und zwei Angeklagte zu je 40 M., zwei zu je 25 M., die übrigen 47 zu je 10 M. Geldstrafe, sowie zur gemeinsamen Tragung der Kosten verurtheilt. Gegen 7 Angeklagte, welche theils krank, theils nicht geladen werden konnten, schwebt das Verfahren noch.

— Genosse Karl Zesarsch, der ehemalige Herausgeber der „Nepizawa“ in Budapest wurde zu drei Monaten Gefängnis und 50 Gulden Geldstrafe verurtheilt, weil sein Blatt „politische“ Artikel gebracht, obwohl für dasselbe keine Kaution erlegt worden war.

— Gegen das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokraten: „Lotta di classe“ in Mailand sind sechs Preßprozesse anhängig gemacht worden.

### Soziale Uebersicht.

Im Gemeinde-Arbeitsnachweis in Preußen wird offiziös gemeldet: Eine Reihe von Blättern weiß zu melden, daß die preussische Staatsregierung die Einrichtung kommunaler Arbeitsnachweisseiten ins Auge gefaßt hat, wobei erwogen wird, ob die Einführung eines gesetzlichen Zwanges der Arbeitgeber zur Angabe offener Arbeitsstellen zulässig ist. Auf Grund von Erfindungen an maßgebender Stelle wird versichert, daß eine solche Absicht nicht besteht. Es dürfte eine falsche Auffassung eines Schrittes vorliegen, den die Regierung betreffs der Organisation der Arbeitsvermittlung vor nahezu anderthalb Jahren gethan hat. Am 31. Juli 1894 erließen der Minister des Innern und der Minister für Handel und Gewerbe ein Rundschreiben an sämtliche Regierungspräsidenten, in dem ausgeführt wurde, daß schon seit längerer Zeit mehr und mehr das Bedürfnis hervorgetreten sei, den Arbeitsnachweis in größerem Umfang und planmäßiger, als bisher geschehen ist, auszubilden. Es wurde empfohlen, daß die Provinzialbehörden darauf hinwirken, daß mindestens in allen Städten von mehr als 10000 Einwohnern städtische Arbeitsnachweise errichtet würden, die von den Betheiligten kostenfrei oder gegen geringe Vergütung benutzt werden könnten. Diese Arbeitsnachweisseiten sollten einem von der Gemeindeverwaltung ernannten, weder den Arbeitgebern noch den Arbeitern angehörenden Leitern unterstellt werden, dem, wo die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern stark hervortreten, es sich empfehlen würde, Arbeitgeber und Arbeiter beizuziehen, die unter seiner Leitung an einer kollegialischen Verwaltung des Arbeitsnachweises betheiligt werden könnten. Ueber den Erfolg dieser Anregung wegen Errichtung städtischer Arbeitsnachweisseiten, wie sie bei Erlaß des Rundschreibens übrigens s. B. schon in Berlin, Köln und Frankfurt a. M. bestanden, sollten die Regierungspräsidenten bis zum 1. Juli d. J. Bericht erstatten. Diese Berichte sind rechtzeitig eingegangen und dem Statistischen Bureau zur Bearbeitung überwiehen. Aus diesen Arbeiten aber abzuleiten, daß es sich um die Einführung eines gesetzlichen Zwanges zur Regelung des Arbeitsnachweises handle, wird als vollständig und unrichtig bezeichnet.

Ministerialverfügung, betreffend Auswanderung und Militärpflicht. Eine große Zahl von Personen, welche vor vollendetem 17. Lebensjahre die Entlassung aus dem Reichsverbande nachgesucht hatten (also zu einer Zeit, wo die Entlassung nach § 15 des Reichsgesetzes vom 1. Juni 1870 nicht verlangt werden konnte) und mit der erhaltenen Entlassungsurkunde ausgewandert waren, kehrt im Alter von 25, 26 oder 27 Jahren nach Deutschland zurück. Unter diesen Leuten, die noch im militärischen Alter stehen, ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß von der durch § 11 des Reichs-Militärgesetzes gebotenen Möglichkeit, ausgewanderte oder später die Reichsangehörigkeit wieder erwerbende Personen bis zum vollendeten 31. Lebensjahre zum aktiven Militärdienst heranzuziehen, in der Praxis selten Gebrauch gemacht werde. Da es von den bedenkenlichsten Folgen sein würde, wenn das Bestreben, in dieser Weise die Militärpflicht zu umgehen, von Erfolg gekrönt wäre und weitere Kreise der Bevölkerung ergriffe, es aber auf der anderen Seite nicht im staatlichen Interesse läge, die Naturalisationsgesuche dieser im besten Alter stehenden ehemaligen Reichsangehörigen regelmäßig abzulehnen, hat der Minister des Innern die Regierung angewiesen, von der Befugniß des § 11 des Reichs-Militärgesetzes regelmäßig Gebrauch zu machen, sofern die betreffenden für den Militärdienst voll tauglich sind und keine Verhältnisse vorliegen, die ihre Befreiung aus gesetzlichen Reklamationsgründen zur Folge haben müssen. Um beurtheilen zu können, ob weitere Schritte nach dieser Richtung erforderlich sind, hat der Minister die Regierungen zur Keufierung angefordert, wie sich die Angelegenheit in den letzten Jahren in der Praxis gestaltet hat bezw. in welchem Umfange zurückgekehrte Auswanderer des gedachten Alters bisher zum aktiven Militärdienst herangezogen worden sind.

Ein Arbeiter-Ehrenzeichen für treue Pflichterfüllung ist in Baden im Mühlenthale gestiftet worden. Dasselbe soll von Arbeiter und männliche Dienstboten verahfolgt werden, welche bei tüchtiger und vaterländischer Gesinnung eine Anzahl von Jahren ununterbrochen und treu in demselben Arbeits- und Dienstverhältnis ihre Pflicht erfüllt haben. — Wie werden sich da die Arbeiter freuen, wenn sie nach dem 70. Lebensjahre die 33 1/2 Pfennig-Meute beziehen und außerdem auch noch das Ehrenzeichen tragen dürfen. Wirklich eine sozialpolitische That ersten Ranges.

### Gewerkschaftliches.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Es sind in letzter Zeit verschiedentlich in auswärtigen Zeitungen Inserate erschienen, um Tischler nach Leipzig zu locken. Auch im „Vorwärts“ sind solche Inserate erschienen. In Leipzig ist aber durchaus kein Mangel an Tischlern, im Gegentheil sind eine große Zahl ohne Beschäftigung und bereit, jeden Augenblick in Arbeit zu treten, sofern die Bezahlung den Verhältnissen nur einigermaßen entspricht. Außerdem liegen die Verhältnisse so tief traurig, daß die Tischler hier an eine Lohnbewegung denken. Die Inserate dienen daher wohl nur dazu, Leute von außerhalb nach hier zu locken, um das Heer der hiesigen Arbeitslosen aus leicht begreiflichen Gründen zu vermehren.

Das Agitationskomitee der Holzarbeiter Leipzigs. J. A.: Ernst Neumann.

Die Treddener Maler, Lackirer und vertwandten Berufsgenossen haben einen Lohnzettel aufgestellt, der aus 10 einzelnen Punkten besteht. Wir geben in folgendem einige der wichtigsten wieder. Gefordert wird zunächst die 8stündige Arbeitszeit, Mittagspause 1 1/2 Stunden. Vom 1. April 1896 ab tritt im allgemeinen eine 20prozentige Lohnsteigerung bei allen bis jetzt gezahlten Löhnen ein, jedoch muß diese für jeden Gehilfen, sobald er die Lehre verlassen, einen Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde ergeben. Für Ueberstunden von 6-8 Uhr sind 30 pCt. für solche von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens mindestens 75 pCt. Zuschlag zu gewähren, wobei die Ueberstunden von insgesamt 1 1/2 Stunden mitbezahlt werden müssen. — Bei auswärtigen Arbeiten ist außer freier Fahrt ein Zuschlag von 50 Pf. bis 2 Mark täglich zu zahlen. Akkordarbeit ist nicht gestattet. Ein gemeinschaftlicher Arbeitsnachweis ist den vorstehenden Bestimmungen gemäß zu errichten und sind alle Gehilfen demselben nach dem betreffenden Reglement zu entnehmen. Zur Aufrechterhaltung der vorstehenden Bestimmungen ist eine aus beiden Theilen bestehende „Tarif-Kontrollkommission“ zu wählen. Beide Theile sind gehalten eine etwaige Kündigung dieses Tarifs sechs Monate zuvor

in öffentlicher Versammlung zu erklären. Jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, ein Exemplar vorstehenden Tarifs in der Werkstatt auszubängen.

Die Zahlstelle des „Verbandes der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ in Meerane ist aufgelöst.

Aus London wird telegraphirt: Die Ausständigen von Belfast und am Clyde, die bis zum äußersten auszuharren beschloßen, hoffen bestimmt, daß sie siegen und die Unternehmer nachgeben werden.

### Verfassungen.

Der Streik bei der Firma Scholz Nachfolger in Schöneberg beschäftigte eine öffentliche Sattler-Verfassung, die am 19. November bei Brodnow, Sebastianstraße abgehalten wurde. Der Referent Bruno Börsch hob die Standhaftigkeit der ausländischen Militärreife-Arbeiter hervor, die einstimmig beschlossen hätten, am dem Streik festzuhalten, nachdem auch der vor dem Schöneberger Gewerbegericht angeforderte Einigungsversuch an dem strikte abweisenden Verhalten des Herrn de la Croix (des Inhabers der Firma Scholz Nachfolger) gescheitert sei. Daß dieser Fabrikant sich nach beinahe sechswochentlich Dauer des Ausstandes immer noch „auf hohe Fied fest“, obwohl er anstelle der ausständigen 42 nur 3 Sattler habe einstellen können, schien dem Redner auffällig. Er hielt es deshalb für notwendig, dem Gerücht auf den Grund zu gehen, wonach Herr de la Croix die Forderung für die in Frage stehenden preussischen Lohnarbeiter verlängert worden sein soll. In diesem Zweck empfahl Börsch der Versammlung, die Lohn- und Agitationskommission der Sattler zu beauftragen, eine motivirte Anfrage an das Kriegsministerium zu richten, ob das Gerücht, Scholz Nachfolger habe mit Rücksicht auf den Streik die Forderung für die von ihm übernommenen Militärarbeiten verlängert bekommen, auf Wahrheit beruhe. Die Debatte drehte sich vornehmlich darum, ob eine Anfrage beim Kriegsministerium überhaupt zweckmäßig sei und ob der Streik bei Scholz Nachfolger nicht schon als „verpufft“ anzusehen wäre. Von verschiedenen Rednern, besonders von Sassenbach wurde darauf aufmerksam gemacht, daß durch eine erfolglose Verbindung des Schöneberger Streiks den ebenfalls wegen der Bezahlung der preussischen Lohnarbeiter im Kampf befindlichen Ebersfeld-Bormer Kollegen ein arger Schlag verfest werden würde. Schon aus diesem Grunde müßte der Streik aufrecht erhalten werden, was um so mehr geschehen könne, als noch Mittel zur Verfügung ständen und als dieser Streik sowie die Streiks in Ebersfeld-Bormen etc. auch andere Gewerkschaften und die verschiedenen Gewerkschaftskartelle lebhaft zu interessieren begannen. Diese Erwägungen gaben den Ausschlag; die Versammlung beschloß einstimmig, daß der Streik fortzuführen sei. Der Antrag, die erwähnte Anfrage an das Kriegsministerium zu richten, wurde ebenfalls angenommen. Bruno Börsch, dessen Arbeitskraft durch die fortwährenden Streiks im Sattler-Gewerbe vollständig in Anspruch genommen wird, wurde von der Versammlung für die Zeit der Ausstände Entschädigung von wöchentlich 24 M. bewilligt. — Den Unternehmern H. C. K. Muth (Zinnungsmeister, Prenzlauerstr. 28 und S. O. M. U. H. Alte Jakobstr. 198, wurde nachgesagt, daß sie die gesetzlichen Vorschriften über die Sonntagsarbeit verletzt hätten.

In einer öffentlichen Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für Stralau, Rummelsburg und Umgebung hielt am 20. November Genosse Borgmann einen Vortrag über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung, worin er unter anderem ausführte, daß auch in den kommunalen Vertretungskörpern die Arbeiter ihre Klasseninteresse gegenüber den Besitzenden zu wahren haben. Redner kam zu dem Schluß, daß, wenn auch die Parteigenossen mit einzelnen der von ihnen in die Gemeindevertretung Gewählten nicht zufrieden wären, man deshalb von dem Prinzip der Betheiligung an Gemeindegewählten nicht ablassen dürfe. In der Diskussion kamen einige örtliche Mißstände zur Sprache, auch wurde die Frage der Eingemeindung erörtert und diese selbst als erstrebenswerth bezeichnet. Weiter wurde über die Angelegenheit des Gemeindevorstehers Müller verhandelt, der, wie aus der Darstellung mehrerer Redner hervorging, seinerzeit von den Arbeitern im guten Glauben an seine sozialdemokratische Gesinnung gewählt worden ist, später aber durch sein Verhalten in der Gemeindevertretung (bestimmte Fälle wurden nicht bezeichnet) die Unzufriedenheit seiner Wähler hervorgerufen hat. Das Vertrauen der Parteigenossen — so wurde weiter ausgeführt — habe Müller aber dadurch endgiltig verzerrt, daß er bei der Sedanfeier am Festzuge theilgenommen und, hierüber zur Rede gestellt, sein naives Erstaunen darüber ausgedrückt habe, daß er sich nicht an einem solchen „Volkstest“ betheiligen solle. Wenn man den Müller leider auch nicht zur Niederlegung seines Mandats zwingen könne, so müsse man sich doch ein für allemal von ihm lossagen. Die Versammlung entschied denn auch in diesem Sinne, indem sie folgende Resolution einstimmig annahm: „Die 2c. Versammlung erklärt das Verhalten des Gemeindevorstehers Müller zu Rummelsburg als eines Sozialdemokraten unwürdig und spricht ihm daher das Recht ab, sich ferner als Vertreter der sozialdemokratisch gesinnten Einwohner Rummelsburgs zu bezeichnen, in der Erwartung, daß Herr Müller nunmehr sein Mandat als Gemeindevorsteher in die Hände seiner Wähler zurückgibt.“

### Dereitsen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 21. November. (B. N.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Die Verbalnote der Mächte hatte das Ergebnis, daß die Pforte neue Maßnahmen zur Herstellung der Ruhe und Sicherheit notifizirte. Die Mächte drohten thatsächlich mit einer Flottendemonstration vor Konstantinopel, falls hier Unruhen ausbrächen oder wenn die Pforte mit der Notifizierung der erwarteten Maßnahmen noch zögere. Das russische Geschwader kreuzt im Schwarzen Meer in der Nähe des Bosporus.

Budapest, 21. November. (B. N.) Bei einem furchtbaren Brande in Jaszteb im Komitat Szaros wurden 200 Wohnhäuser und 500 Nebengebäude mit allen Getreide- und Futtermitteln eingeschmelt. Auch mehrere Meichen verbrannten.

Paris, 21. November. (B. T. B.) Deputirtenkammer. Jaurès bringt den Antrag ein, durch welchen die Frage betreffend Einsetzung von Schiedsgerichten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gefördert werden soll, und fordert die Dringlichkeit für seinen Antrag. Hierüber entspinnt sich eine lebhafte Diskussion; Ministerpräsident Bourgeois bittet die Kammer, aus der Dringlichkeits-Erklärung keine politische Frage zu machen. Die Dringlichkeit wird hierauf mit 255 gegen 251 Stimmen angenommen. Alsdann wird die Beratung über die Reform der Erbschaftsteuer wieder aufgenommen und nach längerer Debatte ein Amendement angenommen, welches bezweckt, die aus der Reform der Erbschaftsteuer sich ergebenden Ueberschüsse zur Verminderung der Abgaben beim Verkauf von Landgütern, welche den Werth von 5000 Fr. nicht überschreiten, zu verwenden. Der Finanzminister machte geltend, daß die Ueberschüsse zur Herstellung des Budgetgleichgewichts erforderlich wären.

Madrid, 21. November. (B. N.) Wie aus Cadix gemeldet wird, traf dort der Dampfer „Cataluna“, von Gananna kommend, ein. Bis Ruba führte er 300 Freiwillige und 170 Galeerensträflinge an Bord. Diese Mannschaften empörten sich, versuchten den Kapitän zu tödten und sich der drei Millionen zu bemächtigen, die auf dem Schiffe transportirt wurden. Nach mehrtägigem Kampf zwischen der Marine-Infanterie und den Meuturern wurden letztere auf Ruba gelandet und in die dortige Festung gebracht.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 21. Nov., nachmittags 5 Uhr.

Von den sozialdemokratischen Stadtv. Singer und Genossen ist ein Antrag eingebracht, wonach der Magistrat ersucht werden soll, Auskunft über die Veranlassung der Verunreinigung des von den Tegeler Werken gelieferten Leitungswassers zu geben und sich darüber zu äußern, welche Maßnahmen er zu treffen gedenkt, um eine Wiederholung solcher Vorkommnisse zu verhindern.

Der Antrag wird für dringlich erklärt und zur Verhandlung am Schluß der Tagesordnung gestellt werden.

Die Krähwinkel, welche den bekannten Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses für die 1896er Ausstellung, die eigentlichen Anstehhallen während des Abends nicht zu beleuchten, hervorgerufen und eine so lebhaft Gegenbewegung veranlaßt hat, ist auch als der Anstoß zu dem folgenden, vom Stadtv. Dünse und 15 Genossen am 8. November eingebrachten Antrag zu betrachten:

Die Versammlung beschließt, den Magistrat darüber um Auskunft zu ersuchen, welche Schritte er gethan hat, oder zu thun gedenkt, um die Geschäftsleitung der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1896 zu einer der Stadt Berlin würdigen Durchführung dieses Unternehmens, für welches die Stadtgemeinde so große Aufwendungen gemacht hat, zu veranlassen.

Stadtv. Dünse bemerkt, daß inzwischen die Missethäter, die zur Eindämmung des Antrags geführt haben, beseitigt worden sind, und spricht die Hoffnung aus, daß nunmehr das Unternehmen ohne weitere ähnliche Störungen einem glücklichen Gelingen entgegengeführt werden möge. Den Antrag zieht Redner darauf zurück.

Die zur Müllverschiffung errichtete Einladestelle an der Oberspree bedarf einer Erweiterung. Die jetzige Anlage aus dem Grundstück vor dem Stralauer Thor 67 gestattet nur, immer ein Schiff zu beladen. Auf diese Weise ist es auf die Dauer unannehmlich, die ganze tägliche Zufuhr zu verschiffen, und besonders schwierig wird die Bewältigung sein, wenn im Frühjahr die während der Unterbrechung der Schifffahrt aufgestapelten Müllmengen zur Abfuhr gelangen sollen. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn in Zukunft immer wenigstens 2 Schiffe gleichzeitig anlegen und beladen werden können; dies läßt sich durch Verlängerung des Bollwerkes um 86 Meter und des Schuppens erzielen.

Der Magistrat beabsichtigt, die Anlage solcher Gestalt auszubauen und beantragt bei der Versammlung die Bewilligung der einschlägigen Kosten von 26 500 M.

Die Stadtv. Esmann, Gerike und Scheiding bemängeln in scharfen, zum Theil ironischen Wendungen den Schiedengang, den die Arbeiten des Magistrats in der Müllfortschiffungsfrage unentwegt beibehalten; gegen die Vorlage haben sie nichts einzuwenden.

Stadtv. Jacobi sieht die Sache etwas hoffnungsvoller an und meint, daß in ganz kurzer Zeit für Berlin ganz befriedigende Zustände in dieser Beziehung herbeigeführt worden sein werden.

Stadtv. Kullmann stellt fest, daß auch nach den neuen Anordnungen die Müllabfuhr namentlich bezüglich der Reinlichkeit der Straßen und bezüglich der Vermeidung des lästigen Staubes noch fast alles zu wünschen übrig lasse und das sonst so reinliche und schöne Berlin in diesem Punkte noch auf dem Standpunkte der allergeringsten Städte zurückgeblieben sei. Vor allem müsse eine Polizeiverordnung ertheilt werden, wonach die tägliche Müllabfuhr bis 8 oder bis 9 Uhr vormittags zu beenden ist.

Stadtv. Jacobi erklärt letzteres für unmöglich.

Die geforderte Summe wird bewilligt.

Für die Errichtung einer neuen (dritten) städtischen Irrenanstalt zur Aufnahme für 1200 Geisteskranken sucht der Magistrat die grundsätzliche Zustimmung der Versammlung nach und legt gleichzeitig ein ausführliches Verwaltungsprogramm vor.

Stadtv. Spinola will die gewünschte prinzipielle Zustimmung ertheilen, aber das vorgelegte Programm in einem besonderen Ausschuss erörtern lassen. Er bemängelte, daß die Vorlage und das vom Magistrat unterbreitete Programm nicht zuvor der Gesundheitspflege-Deputation zur Begutachtung vorgelegt worden ist. Der Ausschuss könne auch die Platzfrage erörtern.

Stadtrath Struve: Der Magistrat wünscht zunächst die grundsätzliche Erklärung der Versammlung, daß der Bau eines weiteren städtischen Irrenhauses notwendig ist. Das Programm ist nur pro informatione beigelegt und wird bei der später zu machenden speziellen Vorlage ausführlicher zu diskutieren sein.

Stadtv. Meyer: Im Magistratsantrage heißt es ausdrücklich, daß wir auch das vorgelegte Programm genehmigen sollen. Daran können wir uns nicht festmachen lassen. Wir thun also besser, nur die grundsätzliche Zustimmung zu geben und alles übrige der Berathung der betreffenden Vorlage zu überlassen.

Es wird nach dem Vorschlag Spinola beschlossen.

Bei der letzten Stadtberathung hatte die Versammlung in einer Resolution den Magistrat ersucht, von der Kanalisations-Deputation einen generellen Plan für die Bewirtschaftung der Rieselfelder aufstellen zu lassen und der Versammlung vorzulegen. Der Magistrat legt jetzt den von der Deputation erstatteten Bericht mit dem Ersuchen vor, die Resolution hierdurch als erledigt zu betrachten. Der Bericht (gez. Marggraf) kommt nach ausführlicher Erörterung der für die Bestellung und Bewirtschaftung der verschiedenen städtischen Rieselgüter maßgebenden Gesichtspunkte zu einem völlig negativen Resultat: die Verwaltungs-Deputation erklärt sich zur Vorlegung eines wirklich allgemeinen Bewässerungsplans angesichts der verschiedenen Lage und Bodenbeschaffenheit der einzelnen Rieselgüter außer Stande.

Auf Antrag Kalisch wird die Beschlußfassung über die Vorlage vertagt, bis der von dem betr. Ausschuss der Versammlung in der gleichen Angelegenheit erstattete Bericht vorliegen wird.

Für die in gemeinschaftlicher Sitzung beider Gemeindebehörden zu bewirkende Wahl von 8 Mitgliedern (und deren Stellvertretern) des Steuer-Ausschusses der Gewerbebesteuerklasse für den Veranlagungsbezirk Berlin für die 3 Jahre 1. April 1896/99 soll nach dem Magistratsvorschlag eine gemischte Deputation niedergesetzt werden (fünf Magistratsmitglieder, zehn Stadtverordnete).

Bzüglich der Reform der Gewerbebesteuer will jetzt der Magistrat in gemischter Deputation weiter beraten und proponiert die Bildung einer solchen.

Beiden Vorschlägen stimmt die Versammlung zu.

Darauf wird in die Berathung des schleunigen Antrages Singer wegen der Verunreinigung des Tegeler Leitungswassers eingetreten.

Stadtv. Singer: Unser Antrag bedarf keiner langen Begründung; er spricht für sich selbst. Begreiflicherweise

ist durch die eingetretene Verunreinigung in der Bevölkerung lebhafteste Besorgnis darüber entstanden, ob unsere bisher vorzügliche Wasserleitung nicht doch an ernsthaften Mängeln leide. Jedenfalls hat die Bürgerschaft ein Recht auf schleunigste Auskunft; auch der zweite Theil des Antrages wird keinem Widerspruch begegnen können. Ich werde abwarten, ob sich heute die Diskussion erschöpft und empfehle zunächst den Antrag zur Annahme.

Oberbürgermeister Zelle: In Vertretung des verhinderten Stadtraths Haack, des Vorsitzenden des Kuratoriums der Wasserwerke, beantworte ich, soweit ich kann, die Frage. Der gerägte Uebelstand ist als solcher von der Verwaltung vollständig anzuerkennen, daß nämlich am letzten Donnerstag in einigen Stadtteilen nur zum Theil, am Freitag aber ganz und gar das Tegeler Wasser sich verlorbend zeigte. Zum Glück ist es gelungen, schon am Sonnabend diesen Missethäter abzustellen, so daß die betr. Stadttheile nur 1 1/2 oder 2 Tage darunter zu leiden hatten. Bei der sofort angestellten Untersuchung hat sich ergeben, daß, soweit die chemische Prüfung — die bakteriologische ist noch nicht vollendet — in betracht kommt, gesundheitliche Nachteile nicht zu befürchten waren, noch sind. Mit Recht wird aber hervorgehoben, daß immerhin eine solche Störung so bedauerndwerth ist, daß Maßnahmen gegen ein künftiges Wiedereintreten derselben getroffen werden müssen. Die Untersuchung, die keinen Augenblick ruht, aber noch nicht zu Ende geführt ist, wird so eingehend vorgenommen werden, daß wir auch glauben die Gewähr für die Nichtwiederkehr solcher Störungen leisten zu können. Nach Abschluß der Untersuchung wird der Versammlung eine ausführliche Mittheilung über die Gründe des Missethates und über die Art seiner Verhütung zugehen.

Stadtv. Dr. Jadel: Wir haben also die ausführlichen Mittheilungen des Magistrats noch zu erwarten, aber vielleicht darf doch schon heute darauf hingewiesen werden, daß es ein Manko ist, daß solche bakteriologischen Untersuchungen nicht regelmäßig vorgenommen werden; sie bieten ja keinen absoluten Schutz, stellen aber doch eine gewisse Kontrolle dar, die dann freilich kaum anders als täglich erfolgen möchte. Daß unsere Werke etwas mangelhaft arbeiten, ist heute nicht zum ersten Mal behauptet worden. Vor etwa 5 Jahren wurde von wissenschaftlicher Seite aus der Nachweise geführt, daß die Sandfiltration keine absolute Sicherheit gegen Krankheitskeime bietet. Leider scheint sich daraus keine praktische Maßnahme für die Stadt ergeben zu haben, trotzdem in den letzten Jahren wiederholt Fälle passiert sind, wo der Verdacht sehr nahe lag, daß in der That Epidemien durch das Wasserleitungsnetz herbeigeführt worden sind; ich erinnere an die beiden Typhusepidemien, welche im Osten der Stadt austraten und zum Schluß der Stralauer Wasserwerke führten. Eine große, prinzipielle Behandlung der ganzen Wasserfrage ist bisher vermisst worden; wir werden darum nicht herumkommen, denn wie die Spree kann auch die Havel, kann der Müggelsee verunreinigt werden. Die Hauptfrage, welche dabei zu erörtern wäre, ist: Gibt es überhaupt ein Mittel, um vielleicht von der Sandfiltration oder überhaupt von der Benutzung des Oberflächenwassers abzugehen und vielleicht doch wieder zum tieferen Wasser zurückzuführen. Eine weitere Frage ist, ob und wieweit unser Rieselbetrieb uns vor Infektion schützt. Daß die Stralauer Werke schlecht arbeiten und die Spree verunreinigt war, lag an den Rieselwässern der nördlichen Rieselfelder, wo Typhusfälle beobachtet worden waren; wenigstens lag der Verdacht sehr nahe, daß ein solcher Zusammenhang bestand. Das jetzige Vorkommnis ist eine neue Mahnung, etwas in der Sache zu thun, und es wäre sehr zweckmäßig, wenn die Versammlung im Einvernehmen mit dem Magistrat eine Kommission zur Prüfung dieser beiden Fragen niederlegte.

Stadtv. Singer: Ich bitte Sie, trotz der Erklärung des Oberbürgermeisters, so dankenswerth diese auch ist, den Antrag anzunehmen, damit wir mit der thunlichsten Beschleunigung die Auskunft und auch die Mittheilung der event. Vorbeugungsmaßnahmen erhalten und damit die Frage, einmal angelegt, in Fluß bleibt. Auch mir wäre sehr sympathisch, wenn der Magistrat betreffs der eben besprochenen beiden Fragen eine Vorlage wegen Einsetzung einer Kommission machte.

Stadtv. Dr. Langerhans tritt den Ausführungen Jadel's entgegen. Was dieser wolle, geschähe seitens des Magistrats bereits. Koch habe den Grundlag ausgeleitet, daß Wasser nicht mehr trinkbar sei, wenn es in einem Kubikzentimeter mehr als 100 Keime enthalte. Diese Koch'sche Bestimmung sei vorläufig eine ganz vage Behauptung. In dem Wasser eines Rieselgutes, welches vor Einführung der Verleisung untersucht wurde und mit sonstigen Rieselgütern in keiner Verbindung stand, hätten sich über 40 000 solcher Keime in einem Kubikzentimeter vorgefunden. Bei der Untersuchung des Stralauer Wassers seien Typhusbazillen nicht nachgewiesen worden. Daß Wasser aus größerer Tiefe nicht verwendbar sei, hätten die kostspieligen Versuche mit den Tegeler Tiefbrunnen gelehrt. An unseren Wasserverhältnissen sollte nicht eher gerüttelt werden, als man einen besseren Ersatz habe; wozu also die gemischte Deputation?

Stadtv. Jadel: Ich bleibe dabei, daß es besser gewesen wäre, wenn die Frage der Nützlichkeit der Sandfiltration vorher von Stadtwegen, von einem städtischen Gesundheitsamt, wie wir es leider nicht haben, gründlich untersucht worden wäre, ebenso die Frage, wieweit Rieselwasser unsere Rieselfelder vertragen. Das müssen wir doch wissen, bevor wir ein neues Rieselgut kaufen, um dort exakt beziehen zu können.

Stadtrath Straßmann wendet dem Stadtv. Jadel gegenüber, wie schon bei zahlreichen früheren Gelegenheiten ein, daß der Beweis für den Zusammenhang der Typhusepidemien mit dem mangelhaften Funktionieren der Stralauer Werke nicht erbracht sei. Auch sei von völliger Unzuverlässigkeit der Sandfilter nicht die Rede.

Auch Stadtv. Schwabe belämpft die Forderungen des Stadtv. Jadel und zwar in besonders lebhaftem Tone. Er verweist auf die jahrelangen Untersuchungen, die von Stadtwegen in den letzten Jahren erfolgt seien, um Tiefbrunnenwasser zu erlangen, befreit, daß man in den vielerwähnten beiden Fällen von Epidemien sprechen könne, erklärt die heutigen Wasserverhältnisse Berlins für vorzüglich und bittet um Ablehnung des Antrages Singer.

Damit schließt die Diskussion.

Zum Schlusswort hebt Stadtv. Singer hervor, daß vom Stadtv. Jadel kein Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation gestellt, sondern nur eine Anregung gegeben sei. Die Wasserwerke anzugreifen, liege ihm und seinen Freunden durchaus fern. Sollte die Heftigkeit der Rede des Herrn Schwabe etwa ein bißchen auch von dem Kerger herühren, daß nicht er auf den vernünftigen Gedanken kam, den Antrag zu stellen? (Große Heiterkeit.) Es könne doch dem Magistrat nur erwünscht sein, für die Beantwortung der Anfrage aus der Diskussion Anregungen zu erhalten. Vielleicht wären die Müggelsee sofort in vollen Betrieb zu setzen, weil dort die technischen Anlagen noch vollkommener seien als in Zegel (Sehr richtig!); auch das sei eine aus dem Gegenstand heraus sich bietende Anregung.

Vorsitzer Langerhans: Finden Sie nicht, Herr Singer, daß Ihr Antrag schon erledigt ist?

Stadtv. Singer: Nein! (Große Heiterkeit.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger weniger anderer Mitglieder abgelehnt. — Schluß 7 1/2 Uhr.

## Lokales.

**Präskommission.** Die Adressen der Mitglieder der Präskommission sind:

- Für den 1. Wahlkreis:  
Herrn Sogla, Lobbenerstr. 14 II.,  
Joh. Timm, Alte Jakobstr. 18/19.
  - Für den 2. Wahlkreis:  
Paul Jakob, Sreienaustr. 82 II. bei Springer,  
S. Knäuper, Schöneberg, Goltzstr. 17, Quergebäude III.
  - Für den 3. Wahlkreis:  
Franz Hoch, Admiralstr. 7 IV.,  
August Pohl, Staligerstr. 118 III.
  - Für den 4. Wahlkreis:  
(Für den Osten): W. Schulz, Weidenweg 5 III.  
(Für den Südosten): Paul Böhm, Göligerstr. 53/54.
  - Für den 5. Wahlkreis:  
Jul. Bernou, Rosenthalerstr. 57.
  - Für den 6. Wahlkreis:  
Leopold Siepmann, Klosterstr. 100 III.
  - Otto Rätzer, Anklamerstr. 44,  
Otto Schmidt, Schwedterstr. 22, Seitenflügel IV.
- Beschwerden betreffend den lokalen Theil des „Vorwärts“ sind an die oben genannten Genossen zu richten. Die Sitzungen finden an jedem auf den 1. des Monats folgenden Donnerstag statt. Vorsitzender der Kommission ist Genosse Franz Hoch, Admiralstr. 7 IV.

**Zur Lokalliste.** Das Lokal Schloß Weissensee (früher Sterneder) wird von seinem jetzigen Wirth, einem Herrn Schenk, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung gestellt. Von dem Lokal wurde bezeichnenderweise dieser Tage in bürgerlichen Blättern berichtet, daß es vom Gouvernement den Militärpersonen wieder zum Besuch freigegeben sei. Die Arbeiterschaft wird diese Mittheilung zu würdigen wissen.

**Am Mittwoch ist Ruh- und Betttag gewesen.** Früher, als der Vuktag noch im wunderschönen Monat Mai begangen wurde, konnte der geld- und glaubenslose Proletarier sich wenigstens in der freien Natur ergehen; aber das hat seit einigen Jahren aufgehört; jezt böhrt der Arbeiter in seinen dürftigen vier Wänden. Das Bürgerthum las am Vuktag-Morgen die vielfach sehr erbaulich gehaltenen Leitartikel seiner Blätter und säßte abends die „besseren“ Wirthshäuser bis zum Erdrücken. Einige Zeitungen berichten auch, daß die Kirchen meistens gut besucht waren; so steht in „Volk“ zu lesen, daß Herr Hofprediger a. D. Stöcker vor einer gewaltigen Menge von Volksbühne gepredigt habe. Meinich Fruch als Hauptprediger ist bekanntlich eines der drohlichsten Kapitel in der Thierfabel. Wer nicht in die Kirche gehen konnte oder mochte, fand, wie wir schon angedeutet haben, einigen Ersatz in den Leitartikeln bürgerlicher Blätter. Ganz besonders christlich nahm sich da neben der „Kreuz-Zeitung“ das Organ des Herrn Leipziger aus, in dem außer einigen Anzeigen über „Hygienischen Schutz“ folgende fromme Predigt stand: ... Um die sündige Menschheit zu Ruhe und Einkehr zu bewegen, haben nun Staat und Kirche der Gesehe Kraft in Anspruch genommen, aber Genußsucht und der Hang zu weltlichem Treiben, welche alle Volksschichten in gleichem Maße beherrschen, lassen alle Bemühungen als vergeblich erscheinen u. s. w. Wie werden sich „Kreuz-Zeitung“, „Reichsbote“ und „Volk“ auf solche Verallgemeinerung des preussisch-christlichen Gedankens freuen! — Merkwürdig ist es übrigens, daß Mittwoch auch die katholischen Gemeindefschulen geschlossen waren. Was haben die Katholiken mit dem preussisch-evangelischen Feiertag zu thun?

**Wie Proletarier reisen.** Wir erhalten von einem Arbeiter von einer Fahrt Mittheilung, die er vor einigen Wochen auf der Strecke Potsdam-Berlin zu machen hatte. Wie gewöhnlich, so schreibt unser Gewährsmann, führen wir aus Potsdam mit dem von dort morgens 7 Uhr 16 Min. nach Berlin abgehenden Zuge fort. Wie der Fahrplan besagt, soll der Zug 7 Uhr 45 Min. am Bestimmungsort Potsdamer Bahnhof eintreffen. Nicht so an diesem Morgen. Die Fahrt, welche gleich hinter Potsdam schon ungewöhnlich langsam von Statten gegangen war, fand in einiger Entfernung von Zehlendorf überhaupt ihr vorläufiges Ende. Neugierig sahen die aus einigen hundert Personen bestehenden Passagiere, die meistens um 8 Uhr in Berlin ihre Beschäftigung anzutreten hatten, zu den Fenstern hinaus. Anfangs war nichts zu entdecken. Doch halt! Aus einer in der Nähe des Juges befindlichen Wärrerbude wurden einige Rüstigen Rohle nach der Maschine getragen; dem Maschinenisten schien die Feuerung knapp geworden zu sein. Nun ging die Fahrt, wenn auch in sehr langsamem Tempo weiter, bis der Zug zwischen Zehlendorf und Lichterfelde abermals zum Stehen kam. Jetzt schien der Maschine völlig die Puste ausgegangen zu sein, denn erst nach geraumer Zeit, als eine zweite Maschine zu Hilfe gekommen war, ging der Zug weiter und kam mit einer gerade einständigen Verspätung präzise 8 Uhr 45 Minuten in Berlin an. Sind auch, so meint unser Gewährsmann, die Reisen der Arbeiter nicht so wichtig, wie gewisse Extrazüge, so könnte doch von der Bahnverwaltung etwas mehr Sorge als bisher auf deren Beförderung verwendet werden. Begeht der Reisende irgend eine Reglementwidrigkeit, so muß er prompt Strafe zahlen; keiner Bahnverwaltung fällt es aber ein, dem Passagier den Zeitverlust zu entschädigen, den er oft durch das Verschulden der Verwaltung erleidet.

**Die Prämierung braver Diensthöten durch den „Berliner Hausfrauen-Verein“** ist allemal ein überaus genußreiches Schauspiel. Die Feierlichkeit hatte am Mittwoch wieder ein zahlreiches Publikum von Mitgliedern und Gästen beiderlei Geschlechts, die die ausgezogene Langeweile des thatenlosen Vuktages nicht ertragen zu können schienen, nach dem Bürgercafe des Rathhauses gelockt. Frau Morgenstern verlas die übliche Rede, — eine Rede, so rührend, daß sie selber Thränen darüber vergoß. Sie verwandelte, wie immer, die Diensthöten-Prämierung in ein Ehrenfest für die „Herrschaften“ der zu Prämirenden. In erster Linie, meinte sie, verdankten es diese letzteren der Geduld und Nachsicht ihrer Herrinnen, daß sie so lange in demselben Dienste geblieben seien. Aber auch den Diensthöten machte sie ein Kompliment. Sie hätten sich nicht zum Klaffenbahns anstrengen lassen und sich nicht begeben lassen, daß ihr Beruf schwer und unwürdig sei. Es sei doch nun einmal nicht anders: durch die ganze Gesellschaft gebe ein Bedienen und Bedientwerden u. s. w. Die Bemühungen der Frau Morgenstern und anderer Damen der Bourgeoisie, die Töchter des Proletariates möglichst dauernd an das Diensthötenleben zu fetten, erinnern uns daran, um wie viel leichter und schneller man früher mit diesen jezt so schwierigen Stück Arbeit fertig zu werden wußte. König Friedrich Wilhelm I. von Preußen lies Mädchen, die nicht länger dienen wollten, einfach ins Zuchtthaus stecken. Wir glauben, daß manche der Damen der Bourgeoisie dieses Mittel auch heute noch der Prämierung vorziehen würde, wenn's ginge.

Den Geheimmittelhandel in Apotheken geißelt Professor Dr. L. Lewin in der „V. Med. Wochschr.“ mit scharfen Worten. Die „Klinge“ Frau, die Thee verkauft, der ehemalige Lazarstehgehilfe, der mit einem Geheimmittel „geheime“ Krankheiten heilt, der Schäfer, der selbstgepflückte Kräuter als Panaceen vertreibt und Leute ähnlichen Schlages werden hauptsächlich verfolgt und bestraft. Dies sind aber wahrlich nicht die schlimmsten, vielmehr jene Kapitalisten, die ungeheure Summen für Reklame und „Begutachtung“ ausgeben und sich durch diesen Großbetrieb vor Verfolgungen schützen, ferner jene Ärzte, die auf eigene Faust oder im Bunde mit Apothekern Mixta composita verkaufen und schließlich diejenigen Apotheker, die selbst Arzneimittel für bestimmte Krankheiten verfertigen und selbstbieten oder sich zu Depositäten der kapitalträchtigen Geheimmittel-Erfinder machen. Wo Arzneimittel unbekannter Zusammensetzung unter keinen Umständen zu finden sein sollten, das ist in der Apotheke. Sie ist ein unter Staatsaufsicht stehendes, mit Privilegien ausgestattetes Institut, in dem ihrem ganzen Wesen nach Waaren nicht zu finden sein dürfen. Ist schon das Verkaufen der in Apotheken hergestellten, für bestimmte Krankheiten berechneten, nicht officinellen Arzneimischungen zu tadeln, so muß es vollends Staunen erregen, daß viele Apotheken sich zum Vertriebe von Geheimmitteln hergeben, die von Laien marktschreierisch angepriesen werden. Es liegt auf der Hand, daß dies Verfahren gewissermaßen eine Begünstigung eines Handels darstellt, der, falls er die Apotheke umginge, verfolgt werden könnte. Erfolg kann der Kampf gegen das Ueberwuchern der Geheimmittel nur haben, wenn diese aus den Apotheken verschwinden. Die Vertretervertretungen haben, wie Prof. L. Lewin sagt, unter allen Umständen die Pflicht, dieser Frage, die einschneidende Bedeutung hat, näher zu treten.

In unserem letzten Bericht über die Verfolgungen der Freireligiösen Gemeinde wird uns mitgeteilt, daß das Lokal Rosenthalerstraße 88 auf Gemeindebeschuß fortan gemieden wird.

Verboten. Die auf gestern Abend von dem Versammlungsausschuß der freireligiösen Antisemiten Berlins W. einberufene Versammlung, in welcher der Abg. Dr. Bödel über „Lügen und Wahrheiten der Sozialdemokratie“ sprechen sollte, ist polizeilich verboten worden.

Am Todtensonntag sind öffentliche Theater- und Musikaufführungen ersten Jubalts sowie Kunstreiter-Vorstellungen u. s. w. erlaubt, öffentliche Tanzlustbarkeiten dagegen unterlag. Auf Privatfestlichkeiten finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Bezüglich der Sonntagsruhe tritt am Todtensonntag insofern eine Ausnahme ein, als an demselben in offenen Verkaufsstellen von Blumenbindereien Arbeiter mit dem Zusammenstellen und Binden von Blumen und Pflanzen, Binden von Kränzen und dergleichen von 7 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 6 Uhr nachmittags beschäftigt und diese Arbeit offen gehalten werden dürfen.

Wegen des Todtenfestes sind unsere Tempelhof- und Mariendorfer Parteigenossen merkwürdigerweise amtlich in ihrer ersten Pflicht verhindert worden, sich in einer Versammlung über ihre Lage zu beraten. Der Vertrauensmann Thiel in Tempelhof, Friedrich Wilhelmstr. 17, ersucht uns um Veröffentlichung des folgenden: Den Parteigenossen von Tempelhof-Mariendorf und Umgegend zur Nachricht, daß die Volksversammlung, welche Sonntag, den 24. d. M., stattfinden sollte, vom Amtsvorsteher wegen der Todtenfeier verboten ist. Dieselbe findet daher Sonntag, den 1. Dezember, in Marienselde bei Teufschlein statt. Näheres Inserat.

Mit dem Kampf für Ordnung, Religion, Sittlichkeit und Gerechtigkeit befaßt sich nunmehr auch der „Liberaler Verein für die Angelegenheiten der jüdischen Gemeinde“. Zu den Repräsentantenwahlen, welche demnächst in der Gemeinde stattfinden, erklärt dieser Verein ein Flugblatt, in dem er sich zu nicht selber vor dem schwarzen Verdacht zu rechtfertigen sucht, daß er es sei, der den Umsturz pflege. Es sei nicht wahr, daß der Verein den Sonnabend auf den Sonntag und das Veröhnungsfest auf den Charfreitag verlegen wolle. Dann ergeht der Ruf: „Wer bestmöglichen Fortschritt auf religiösem Gebiete für das beste Mittel hält, um das Bestehende vor gewalttätigem Umsturz zu sichern... der stimme für die von uns vorgeschlagenen Kandidaten!“ — Man sieht, wie sich trotz alledem die staatszerstörenden Elemente mehr und mehr zur Reine aus gemeinamer Gefahr zusammenziehen. Angesichts der gemeinsamen Gefahr sollten sich auch die anderen Religionsgemeinschaften enger an das unter den Israeliten gegebene Beispiel anlehnen.

Eine feine Firma. Unter dieser Ueberschrift finden wir in Nr. 22 des „Handelsangelegten“ folgende Stizze aus dem heutigen Geschäftsleben:

Lange Jahre haften sie in der Spandauerstr. 18. Als der Vater noch lebte, war das Geschäft am Sonnabend geschlossen — vorn nur, hinten wurde fleißig gearbeitet. Trotdem erlebte die Firma Inserate nach Verträgen mit der Versicherung: Sonnabends geschlossen. Der Vater starb, und bald wurde auch vorn geöffnet. Die Geschäftsräume erwiesen sich bald als unzureichend und man erbaute sich in der Bischofsstraße ein großes, modernes Kaufhaus. Beim Umzuge mußte das Personal fürchterlich schulten, dafür wollte denselben auch ein Lohn — wohl des Schweißes der Eblen werth. Die Chefs erklärten, nach dem Umzuge ein großes Diner geben zu wollen. Darob helle Freude in Troja's Hallen. War doch den 75, 90 und 100 Mark-Kommiss die Möglichkeit in Aussicht gestellt, sich einmal tüchtig — satt zu essen. Aber der Kommiss denkt — (häufig auch nicht), und der Chef lenkt (oft alles verkehrt). „Gewiegte Köpfe“ — wie die Chefs nun einmal sind — fanden sie bald einen Nothausgang. „Entscheiden Sie sich für das Diner oder für den permanenten 7 Uhr-Schluf?“ zwischerte der dicke Chef, und das Personal entschied sich für den 7 Uhr-Schluf. Ganz mit recht. — Als aber 3 Tage ins gelobte Land gegangen, hatte der 7 Uhr-Schluf schon sein Ende erreicht. „Das läßt sich bei unserem Geschäft auf die Dauer doch nicht durchführen“, sagten die Herren Gebrüder Frankel, Berlin O.

Man schreibt uns aus musikalischen Kreisen: Es wird noch in aller Erinnerung sein, daß im königlichen Schloß am Weihnachtstage von Baugewerklern gearbeitet werden mußte und welche ein lebhafter „Berichtigungsfeldzug“ an die konstatirte Thatsache seinerzeit sich anschloß. Daß auch am sogenannten Bettlage bei uns in Preußen trotz aller polizeilichen Vorschriften zum Theil gearbeitet wird, beweist das königliche Opernhaus, in welchem die Mitglieder der königlichen Kapelle den Tag in so angelegter Arbeit verbrachten, wie dies wohl selten im ganzen Jahre der Fall sein dürfte. Seit einigen Jahren werden am Lusttage Konzerte veranstaltet, die sich neuerdings unter der Leitung des Kapellmeisters Weingartner lebhaften Zuspruchs erfreuen. Diesmal hatte man zur „Freier des Tages“ eine Serenade und eine Symphonie vorbereitet, musikalische Darbietungen, die als „geistliche Musikstücke“ wohl nicht angesehen werden dürfen. Wegen der Aufführung dieser Stücke haben wir im Grunde genommen nichts einzuwenden, aber was wir tadeln möchten, ist, daß die Generalintendenz aus Geschäftsrückichten auf den Betrag Mittag eine sogenannte öffentliche Generalprobe aufsetze, um eine doppelte Einnahme zu erzielen. Die Musiker haben also ohne Murren ca. 5-6 Stunden angestrengt spielen müssen — jedenfalls ein lehrreicher Beitrag zur sogenannten Sonntagsruhe.

Eine Verichtigung, die wir uns sehr zu Herzen genommen haben, sendet uns der Lehrer in der Kunst des Baukampfes Herr H. Andersen, Jägerstr. 61a. Der Herr nimmt Bezug auf unsere Mittheilung in der Mittwochsnnummer, nach der sich ein „Klingler“ den Herren Hauswirthern empfohlen habe. „Diese Notiz“, so schreibt uns Herr Andersen, „die geeignet ist, mich zu schädigen, vermeidet zwar sorgfältig jede Namens-

nennung. Indessen, da ich sofort festgestellt habe, daß den Grundbesitzer-Vereinen von niemand anders ähnliche Offerten zugegangen sind, also nur ich gemeint sein kann, so erlaube ich Sie höflichst um folgende kurze Richtigstellung und sage zum Beweise die den betr. Vereinen zugehenden Offerten bei: 1. Ich gebe überhaupt keinen Unterricht in der in Deutschland allbekanntesten Kunst des Ringkampfes, sondern nur in der hier völlig unbekanntesten, aber unendlich nützlicheren und schwierigeren Kunst des Faustkampfes, und zwar, wie das beiliegende Zirkular beweist, in einer jede Nothzeit ausschließenden Form. 2. Meine Offerten sind durchaus nicht bloß den Grundbesitzer-Vereinen, sondern sämtlichen hiesigen Vereinigungen zugegangen. 3. Das geforderte Honorar variiert nicht zwischen 80 und 100 M., sondern, nach Maßgabe der Theilnehmerzahl, zwischen 20 und 100 M., so daß selbst unbemittelte „Miethe“ daran theilnehmen können. Uebrigens möchte ich nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß gerade für Zeitungsredakteure (man denke an gewisse Ueberfälle auf hiesigen Zeitungsredaktionen) alle Veranlassung vorliegt, meine Kunst als eine besonders werthvolle zu preisen.“

Wichtig ist es uns zwar immer noch gelungen, unangenehme Besucher durch unsere Höflichkeit zur Thür hinaus zu komplementiren, aber die Sache scheint doch der Ueberlegung werth. — Sehr nützlich könnte sich Herr Andersen aber vielleicht im „Kleinen Journal“, sowie im „Tageblatt“ machen; vielleicht nimmt auch Herr Professor Ad. Wagner, der jüngst vom König Stamm schlossene Fährlichkeiten auszuheben hatte, eine Offerte des Kampflehrers entgegen. Herr Andersen wird an diesen nützlichen Rathschlägen erkennen, daß wir es durchaus nicht böse mit ihm meinen.

Unter Ausschluss der Arbeiterschaft? Ueber die Eintrittspreise für die Gewerbe-Ausstellung wird berichtet: Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896 hat in Uebereinstimmung mit dem Wunsche der Bevölkerung (!) beschlossen, das Eintrittsgeld zur Ausstellung auf nur 50 Pfennig ohne Unterschied der Tageszeit festzusetzen, indessen weder Ermäßigungen zu gewähren, noch Dauerkarten auszugeben. Nur an einem Tage der Woche soll bis nachmittags 5 Uhr das Eintrittsgeld 1 M. betragen. Der Eintritt in den Vergnügungspark ist nur gegen Lösung eines Ausstellungsbillets statthaft. Es hat bisher wohl kaum eine Ausstellung in Berlin gegeben, die nicht für Vereine Preisermäßigungen festsetze, welche es auch dem Arbeiter zum Theil ermöglichen, sein Wissen zu bereichern. Stimmt die mitgetheilte Nachricht, so ist dargethan, daß auf der nächstjährigen Ausstellung die zahlungsunfähige Moral möglichst wenig vom Proletariat befreit sein möchte. Was auch nicht weiter verwunderlich wäre.

Das Einführen der Rauchröhren eiserner Oefen in Kachelöfen widerspricht nach einer polizeilichen Bekanntmachung nicht nur den Vorschriften des § 17 der Baupolizei-Verordnung für Berlin vom 15. Januar 1887, sondern ist auch geahndet. Explosionen der Kachelöfen herbeizuführen, wodurch Personen und Sachen beschädigt werden können. Das Polizeipräsidium hat daher der „Vossischen Zeitung“ zufolge seine Exekutivbeauftragten angewiesen, auf die eisernen Oefen in den Wohnungen, Läden, Fabriken, Werkstätten u. s. w. ihr Augenmerk zu richten und vorschriftswidrige Rauchableitungen anzuzeigen.

Von der Leichtfertigkeit, mit der in einzelnen Betrieben Maschinen angelegt werden, zeugt ein Vorfall, der sich vor etwa acht Tagen in der Fabrik von Wenzel u. Kabelle, Waldemarstraße 67a, zugetragen hat. An der Decke über dem Präsetisch ist die Wellenleitung, an welcher sich der Ausrücker befindet, ohne jede Schutzvorrichtung angebracht. Am gedachten Tage gegen 4 Uhr nachmittags ritz der Treibriemen die Vorrichtung, welche aufscheinen aus zu schwachem Material hergestellt war, dicht vor einen Arbeiter, der am Präsetisch beschäftigt war, herunter; nur durch einen Zufall entging der Arbeiter einer schweren Verletzung. Am nächsten Tage wurde die Anlage neu angebracht, aber wiederum ohne jegliche Schutzvorrichtung. Will man erst einen ernsthaften Unglücksfall abwarten?

Wann? Bürgerliche Blätter berichten: „Ein Beweis für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Spandau ist der Umstand, daß jetzt, zum Spätherbst, ein Mangel an Bauarbeitern sich fühlbar macht. Die Meister vermögen ihren Bedarf an Maurern nicht zu decken. Es sind besonders Bauten des Militärischen, bei denen so viel Leute erforderlich geworden.“ Die Bauarbeiter-Organisationen werden vielleicht im Stande sein, diese absonderliche Meldung zu kommentiren.

Der dicke Nebel am Dienstag hat namentlich auf dem Wasser den Verkehr ungemein erschwert. Auf der Havel zwischen Spandau und Potsdam war überhaupt jeder Verkehr unmöglich. Fischer, die sich auf der Havel befanden, wußten Stundenlang nicht, in welcher Gegend sie ruderten. Die Ufer waren nirgends zu erblicken. Landeuten irgendwo, so befanden sie sich oft sehr weit von ihrem Bestimmungsort und mußten die Weiterfahrt aufgeben. Auch auf dem Lande war der Verkehr mit Gefahr verknüpft: bei Pichelswerder geriethen, wie die „Vossische Ztg.“ meldet, zwei Spandauer, ein Zigarrenhändler und ein Beamter, vom Wege ab in Sümpfe, wo sie bis zum Halse versanken. Von Vorübergehenden wurden sie nur mit Mühe gerettet.

Einen tödtlichen Ausgang hat ein Unfall für den Schiffer Hermann Franz aus Marienwerder im Kreise Niederbarnim gehabt. Franz, ein Mann von 80 Jahren, war am Freitag Abend vergangener Woche auf bisher nicht aufgelärter Weise im Nordhafen von beladenen Rabne gefallen. Dabei war er mit dem Kopfe auf die Bordkante aufgeschlagen und dann erst ins Wasser gefallen. Andere Schiffer retteten den Verunglückten und übergaben ihn einem Schuttmann des 88. Regiments, der ihn in ein Krankenhaus brachte. Hier stellte sich heraus, daß sich Franz die Halswirbelsäule gebrochen hatte. Am Dienstag Abend um 8 1/2 Uhr ist er der Verletzung erlegen.

Zu der Ausübung seines Berufes ist am Dienstag Abend der Briefträger Preuss vom Postamt 26 in der Adalbertstraße durch einen biffigen Hund schwer zu Schaden gekommen. Preuss hatte Abends zwischen 5 und 6 Uhr bei einer Handelsfrau in der Raunynstraße einen Brief abzugeben. Die Frau war jedoch nicht zu Hause, sondern stand in der Markthalle VII in der Dresdenerstraße. Ihren großen Ziehhund, ein sehr biffiges Thier, hatte sie in der Wohnung gelassen. Der Briefträger klopfte, ein Schlafbursche der Handelsfrau, der zufällig zu Hause war, rief ahnungslos herein! und der Beamte öffnete selbst die Thür, die nur eingeklinkt war. Sofort sprang der große Hund, der bis dahin ganz ruhig in der Küche gelegen hatte, auf den Mann zu und bis ihn, als er ihn von sich abwehren wollte, in die Hände. Zwischen dem Briefträger, dem der Schlafbursche beizustehen suchte, und dem Hunde kam es zu einem Kampfe, der fast eine Viertelstunde lang dauerte, bis es gelang, das Thier einzusperrern. Preuss waren beide Hände mit Wunden und Rissen bedeckt. Auch am rechten Oberarm hatte er eine Blutwunde. Seine Uniform war stark zerrissen. Der Verletzte mußte sich auf der Sanitätswache in der Adalbertstraße einen Nothverband anlegen lassen. Derselbe Hund der Handelsfrau hat vor einiger Zeit schon einmal einen Handelsmann, der mit ihr in einem Hause wohnte, heimtückisch angefallen und arg zugerichtet.

Aus der herrlichsten der Welten. Nahrungssorgen haben den 45-jährigen Arbeiter Richard Drellentin aus der Briesgenerstraße 82 in den Tod getrieben. Der Mann war schon längere Zeit ohne Beschäftigung und hatte auch keine Aussicht, eine solche bald wieder zu bekommen. Da er nicht wußte, wovon er leben sollte, so erhängte er sich.

Erhängt hat sich am Mittwoch der in der Königsstadt wohlbekannte Sattlermeister Rische, Neue Königsstraße wohnhaft, nach-

dem ihm seine Frau vor 14 Tagen durch Selbstmord in den Tod vorausgegangen war. Schwermuth hat den Mann in den Tod getrieben.

Polizeibericht. Am 19. d. M. wurden vormittags zwei Arbeiter in ihren Wohnungen in der Briesgener- und der Greifswalderstraße sowie nachmittags ein Dienstmädchen in der Wohnung seiner Herrschaft in der Oranienstraße erhängt vorgefunden. — Nachmittags wurde in der Klosterstraße ein Almosenempfänger stark blutend und bewußtlos auf dem Bürgersteige vorgefunden und nach der Charite gebracht.

## Kunst und Wissenschaft.

Im Schillertheater hat das „Räthchen von Heilbronn“ am Dienstag Abend eine recht holperige Erstaufführung erlebt. Der Regie schien darum zu thun zu sein, dem Publikum vor allem klar zu machen, daß es ein „großes historisches Mitternachtspiel“ sei, was man darstelle; und daher wurde auf kräftiges Harnischgellapper und auf berbe Gröhlerei das Hauptgewicht gelegt. Der liebliche poetische Duft, der aus Kleist's Schauspiel so zart und doch so kräftig ausströmt, wurde schier erstickt unter den im Raffelstimm dargestellten Lärm- und Pathoskosen. Es kam als über Umstand bei der Erstaufführung hinzu, daß das Drama über die Maßen schlecht einstudirt war, so daß ungefüge Redereien, die in der Pathetik doppelt störend wirkten, an der Tagesordnung waren. Von den zahlreichen Rollen des Stückes war die des Räthchens, trotz der Unfertigkeit, mit der Fräulein Josephine Krauß zu kämpfen hatte, noch am besten dargestellt; die Künstlerin gab sich, wenn auch mit fast schwerem Gelingen, Mühe, ein Stück Poetie auszugestalten. Auch der Waffenschmied wurde von Herrn Pattegg mit glaubhafter Siederkeit gegeben. Dagegen spielte Herr Feilich als Graf Walter mit überhafter Unfertigkeit, und kleinere Rollen, wie die des Kaisers J. B. litten geradezu an unfreiwilliger Komik. Es sind noch viele eingehende Studien nöthig, um das Räthchen von Heilbronn im Schiller-Theater erträglich zu gestalten.

## Gerihts-Beizung.

Auch eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Die Teilnehmer einer sozialdemokratischen Parteikonferenz für den Regierungsbezirk Magdeburg, die für den Nachmittag des 28. Dezember 1894 nach Magdeburg einberufen und der Polizeibehörde auch angemeldet worden war, folgten am Morgen des genannten Tages einer Einladung des Genossen Bahlen zu einer Vorbefprechung. Dieselbe bezweckte festzustellen, ob die provisorische Tagesordnung der Konferenz für diese thatsächlich maßgebend sein solle, oder ob und welche Änderungen vorzunehmen wären. Etwa 50 Delegirte waren im Lokal des Gastwirths Müller erschienen, um an diesem Orte theilzunehmen und, soweit sie „aus der Provinz“ herbeigeleitet waren, unter der Hand sich darüber belehren zu lassen, wie und wo sie sich am besten zu belästigen vermöchten. Der Einberuher dieser Zusammenkunft hielt es mit Rücksicht auf ihren Charakter für überflüssig, sie der Polizei anzuzeigen. Die Polizei nahm ihn das aber selbst, denn bald wurde er mit einer Aufforderung bedacht, wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz eine Geldstrafe zu zahlen. Ebenso ging es dem Gastwirth Müller und dem Genossen Meier. Man erblickte in der Zusammenkunft eine Versammlung, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigte und deren Unternehmern gesetzlich verpflichtet gewesen wäre, mindestens 24 Stunden vor ihrer Eröffnung der Polizeibehörde die übliche Anzeige zu machen. Bahlen als Unternehmer sollte dadurch gegen das Gesetz verstoßen haben, daß er die Anmeldung der Versammlung unterließ, Müller durch die „Vergabe des Plazes“, und Meier wurde vorgeworfen, als Leiter und Medner in dieser Versammlung aufgetreten zu sein. (Paragraffen 1 und 12 des Vereinsgesetzes.) Auf ihren Einspruch gegen die unerwartete Maßnahme der Behörde verurtheilte das Schöffengericht die drei Angeklagten, und die Strafkammer verwarf ihre nunmehr bei derselben eingelegte Berufung. Ihren Einwand, daß es sich bei jener Vorsprechung nicht um öffentliche Angelegenheiten gehandelt habe, beantwortete das Landgericht folgendermaßen: Als eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten sei nicht nur die Verathung aufzufassen, wie sie für die Konferenz selbst geplant war, sondern auch die Besprechung vom Vormittag, wie sie nach den Angaben der Angeklagten stattfand. Denn in sachlicher Beziehung sei diese Vorbefprechung insofern nichts anderes als eine Erörterung der verschiedenen Punkte der Tagesordnung, als bei der Feststellung der Reihenfolge für die Verathung zum Ausdruck kommen mußte, ob und welches Gewicht seitens der Abstimmen den betreffenden Angelegenheiten beigemessen wurde. — Die Revision der Angeklagten, welche Rechtsanwalt W. Feine am 21. November vor dem Strafsenat des Kammergerichts vertrat, bemängelte die Auffassung der Strafkammer als rechtserwidrig. Nicht eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten sei in der fraglichen Vormittags-Zusammenkunft vorgenommen worden, sondern nur die Tagesordnung der Konferenz an sich habe man besprechen wollen und besprochen. Der Strafsenat wies die Revision der Angeklagten Bahlen und Müller als verspätet und diejenige des Angeklagten Meier mit der Begründung zurück, daß die Vorentscheidung zutreffend sei.

## Vermischtes.

Laut Meldung aus Reggio in Calabrien fand am Dienstag dort ein heftiges Erdbeben statt, das jedoch nur geringen Schaden anrichtete. Die Bevölkerung, unter der während des ganzen Tages eine große Panik herrschte, flüchtete sich auf die Straßen und Plätze.

Aus Petersburg meldet ein Petrol-Telegramm: In den letzten Tagen haben in ganz Rußland große Ueberschwemmungen ungeheure Verheerungen angerichtet. Eine große Anzahl Personen ist ums Leben gekommen. Der Schaden rechnet nach Millionen.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Stifter (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Art wozu ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend abends von 7-8 Uhr statt.

Eberswalderstraße. Freische wohnt seit Jahren in New-York. Vorher war er in Philadelphia. In Chicago war er nie — Sie verwechseln ihn vielleicht mit Bahlreich, der seit seiner Auswanderung immer dort war. Wenn Sie fr. etwas mittheilen wollen, so schreiben Sie an die Redaktion der New-Yorker Volkszeitung (184 Williamstreet, New York City, America), die Ihnen die Adresse gewiß geben kann.

Sch. Sandstraße. Theilen Sie uns außer Ihrem Namen auch Ihre volle Adresse mit.

A. Des Hohenhausener. Auf Anrathen des Rechtsanwalts warten wir mit der Veröffentlichung der Angelegenheit bis zur Entscheidung durch die zweite Instanz.

Westerburg, Berlin. Den kleinsten Reichstags-Wahlkreis bildet das Fürstenthum Schaumburg-Lippe mit 89 163 Einwohnern und 8666 wahlberechtigten Personen. Langerfeldt (frei. Wgg.) legte in der Stichwahl mit 4072 Stimmen; bei der Hauptwahl hatte er es auf bloß 2008 Stimmen gebracht. Der dem Reichstage nun entzogene Abg. Wötcher (nl.) wurde 1893 mit bloß 4061 Stimmen gewählt.

B. A. II. Diebnecht wäre in diesem Fall wieder wählbar gewesen. Sein Mandat hätte er auch nach Beendigung der Strafe ansühen können.

A. S. Klein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, 22. November. Opernhaus. Der Evangelinmann. Schauspielhaus. König Ottolar's Glück und Ende. Deutsches Theater. Ledum. Berliner Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen. Festung-Theater. Gräfin Frihi. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Reise nach dem Mars. Neues Theater. Seine Gewesene. Schiller-Theater. Das Räthchen von Heilbronn. Residenz-Theater. Der Rabenvater. Adolph Ernst-Theater. Paradebummel. Central-Theater. Eine tolle Nacht. Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Lämmer. Chambre séparée. National-Theater. Don Carlos. Theater Unter den Linden. Der arme Jonathan. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.** (Wallner-Theater.) Freitag: Das Räthchen von Heilbronn. Sonnabend: Das Räthchen von Heilbronn.

**National-Theater.** Große Frankfurterstraße 132. Direktion: Max Samst. Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Gastspiel der Herren Oskar Krüger vom Hoftheater zu Braunschweig und Siegfried Bruck vom Stadttheater zu Mainz.

**Don Carlos.** Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Regie: Max Samst. Morgen: Das Räthchen von Heilbronn.

**Adolph Ernst-Theater.** Vorletzte Aufführung **Paradebummel.** Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend, zum letzten Male: **Paradebummel.** Avis! Der große Erfolg, welchen das englische Stück **Der kleine Lord** in den bisherigen Nachmittags-Aufführungen erzielte, veranlaßt mich, das Stück am Abend in Szene gehen zu lassen. Die erste Abend-Vorstellung mit Fräulein Käthe Basté als Gast in der Titelrolle findet am Sonntag, den 24. d. M. statt.

**Central-Theater.** Alte Jakobstr. 30. Freitag und Sonnabend: **Emil Thomas a. G. Eine tolle Nacht.** Sonntag, den 24. November: **Nur einmalige Aufführung! Der Registrator auf Reisen!** Casar Wichtig. Emil Thomas a. G.

**Alexanderplatz-Theater.** Täglich abends 8 Uhr: **Die kleinen Lämmer.** Vaudeville in 2 Akten v. Louis Varney und Chambre séparée. Operette. **Friedrich Wilhelmstadt. Theater** 25/26 Chausseestraße 25/26. Unwiderstehlich vorletzte Woche **der Liliputaner.** Jeden Abend 7 1/2 Uhr: **Die Reise nach dem Mars.** Sonnabend Nachm. 3 Uhr: **Schneewittchen.** Runder nachmittags halbe Preise. Sonntag Abend 7 1/2 Uhr: **Schneewittchen.**

**Apollo-Theater** Nur noch kurze Zeit das vorzügliche **November-Programm** **Mlle. Philo-Durand** Che Wortheys. Miss Bella Rose. Teutonenspiele **der neun Cremos.** Che Garwey's. Miss Ethards u. s. w. u. s. w. Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Urania** Anstalt für volksthümliche Naturkunde. Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof). Geöffnet von 5-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. Näheres die Anschlagzettel.

**Passage-Panopticum.** 42 Mädchen vom andern Ende der Welt (Samoa).

**Kaiser-Panorama** (Passage). Diese Woche: Zum 1. Male: Zweite Wanderung d. des malerischen Salzkammergut. Neu! Reise der Augusta Viktoria nach Sizilien. Eine Reise nur 20 Pf. Viele tausend Abonnenten.

**Castan's Panopticum.** Friedrichstr. 165. **!Salambo?**

**Alcazar.** Variété- u. Spezialitäten-Theater. Drossenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage). Heute: **Benefiz für den Volkshumoristen Georg Fischer.** Neues interessantes Programm. Entree 30 Pf., refero. Platz 50 Pf. R. Winkler.

**Feen-Palast** Burgstrasse 22. Direktion: Winkler & Fröbel. **Noch nicht dagewesen: Tägl. ausverkaufte Häuser!** Diese Thatsache ist ganz erklärlich, wenn man die Sensationsnummern **Theo! Carola!** **Mackwoods,** sowie das übrige aus 20 Glanzpielen bestehende Programm angesehen hat. Anfang: Wochentags 7 1/2, Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.

**Neuer Circus.** **Circus BUSCH** (Bahnhof Börse) Freitag, den 22. November, abends 7 1/2 Uhr: **Gr. brillante Vorstellung** Zum 2. Male **Bidrens, das Waldmädchen.** Großes Manège-Schauspiel in 5 Akten, arrang. u. auf d. glänzendste in Szene gel. v. Dir. Busch. Pompöse Kostümaufzüge. Miniatur-Monarchen-Corso. In 20 Sekunden die Manège in einen 20 Fuss tiefen See verwandelt. Geft. geschäft. D. R. G. M. **Schwimmende Elefanten schwimmende Pferde mit Reitern.** Tanz der Waldvögel u. Libellen. Gr. Nationalitäten-Ballet. Bajaderen und Odaliskentanz. **Magische Lichteffecte.** Ueberauschende, gesetzlich geschützte Dekorations- und Wasserluche. Außerdem: Zum 1. Male: **Montre-Tableau v. 70 Hengsten** dreifert u. vorgeführt v. Dir. Busch. Bator, ungar. Hengst, dreif. u. ger. von Dem. Footitt-Burghardt. Aufstreten der phänomen. Weltkinderinnen Geshw. Powell. Austr. d. franz. Schulkreiterin Mlle Legrand. Austr. sämtl. Clowns. Sonnabend: **Zachens, das Waldmädchen.**

**Th. Boltz' Festsäle,** S., Alte Jakob-Strasse 75. Amt 1. 1082. 8618L. Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu konstanten Bedingungen. Säle zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexanderstr. 27c.

**Dankagung.** 14226 Hiermit sagen wir allen Kollegen, Freunden und Bekannten für die so liebevolle Theilnahme, welche uns und unseren Kindern bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders, des Schriftsetzers Richard Schulte, zu Theil wurden, unseren innigsten Dank. Die Heftbetrieblchen Eltern und Geschwister.

**Dankagung.** Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die rege Theilnahme und Blumenpenden beim Begräbnis meines lieben Mannes den herzlichsten Dank. Friedrichsberg, den 19. Novbr. 1895. Wwe. Soost.

**Dankagung.** 14305 Für die herzliche Theilnahme und die reichen Blumenpenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes sagen allen Verwandten, Bekannten und Kollegen, sowie seinem Chef, der Firma Friedländer u. Ebventhal, unseren herzlichsten Dank. Georg Becher und Frau.

**Coullissen-Geheimnisse** Tollste Burlesque der Gegenwart. **Größter Lacherfolg!** Arthur Fränkel als Negisseur Gold. Henry Schmidt als Primadonna. Edl. Blum als Baron Strohhalm. Als Einlage: Die beste französische Cancon-Gesellschaft von Paris: **Natta Trio.** Die Burlesque behandelt das pikante Theaterleben hinter der Bühne. — Ferner das großartige aus 20 Nummern bestehende **Spezialitäten-Programm.** **Kaufmann's Variété.** Königsstraße, Kolonnenaden.

**W. Noack's** Konzert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstr. 16. Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag: **Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.** Johann Harting, Siedersänger. Frä. Berger, Sieder- und Walzerlängerin. Franz Feld, Gesangs-Humorist. Frä. Marlon, Kostümbührette. Gust. Conrad, Charakter-Komiker. Geschw. Tilly, Duettisten. Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

**Kein Fabrikant und kein Händler** übernimmt für seine Cognac-Effenz eine rechtsverbindliche Garantie, welche die richtige Zusammensetzung des daraus hergestellten Cognacs gewährleistet. Man hüte sich daher vor angebotlichen Cognac-Effenzen dunklen Ursprungs und kaufe nur **Mellinghoff's Cognac-Effenz**, denn der zweckentsprechende Aufbau dieser Effenz ist ausdrücklich verbürgt: Ich zahle demjenigen 1000 Mark, welcher in der von mir bereiteten Cognac-Effenz, in Flaschen mit meinem Namenszuge, außer dem notwendigen Färbemittel Stoffe entdeckt, welche in echtem Cognac nicht enthalten sind. **Dr. R. W. Mellinghoff.** Depot in Berlin: Apotheke zum weißen Schwan, Paul Hillmann, Spandauerstr. 77. **Brockhaus, Meyer's Lexikon.** Brehm's Tierleben, Weltgeschichten. Bücher, ganze Bibliotheken kauft Antiquariat, Kochstr. 55. 19/20

**Papa Schwabach** Musikalisches Zeitbild von Meyfel. Neues Ensemble der beliebtesten **Stettiner Sänger** (Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader). Heute sowie jeden Freitag und Montag: **Victoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112.** Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). **Sonnabend, den 23. d. M.: Soirée in Spandau** (Rother Adler). **Freitag, den 24. d. M.: Concerthaus Sanssouci.**

**Rum,** anerkannt gut, Literl. à 1,10, 1,60, 2,10 M., bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger. **GIÖhwein-Extrakt,** ausgezeichnet, Liter 1,20 M. **Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft,** vorzüglich, Liter 1,20 M. **Medicin, Ungarwein,** beste Qualität, Literflasche 2,10 M. **Cognac fine Champagne** \* à Fl. 3,50, \*\* à Fl. 4,50, \*\*\* à Fl. 5,50 M. empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin **Eugen Neumann & Co.** 6a Belle-Alliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27. Grosse 5718L.

**Ausstellung von Kränzen etc.** bei **J. Meyer, Wienerstrasse 1.** — Kranzbinderei und Blumenhandlung. —

**Zahnersatz** Plomben, Zieh. Drossenerstrasse 46, Ecke Prinzenstr. 56. Frau Hellwig.

**Wer** noch will reell und billig kaufen. Durch Ankauf auf Auktionen u. von Konkursmassen bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen als alle anderen Geschäfte. Ich verkaufe daher: **Hochelegante Winter-Paletots** von 5 M. 75 Pf. an bis 36 M. **Hohenzollern- und Pelerinen-Mäntel** von 5 M. 25 Pf. an bis 30 M. **Kaiser-Mäntel und Joppen** von 6 M. 75 Pf. an bis 24 M. **Damen-Mäntel u. Jackets** v. 5,50 an. **Damen-Röcke** in allen Farben v. 6,25 an. **Hochf. Rock u. Jacket-Anz.** v. 12,50 an. **Herrn-Jacken** von 2,75 an. (3488L) **Kellner-Jacken u. Jackets** v. 4,75 an. **Reber- u. Arbeits-Hosen** zu 2,35 M. **Burjachen u. Knaben-Paletots, Herren-Jackets, -Hosen und -Röcke** in allen Größen, Knaben- u. Burjachen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Bäsche, Stiefeln, Koffer, Öperngläser, Kessel, Revolver, Taschen, Gewehre, Harmonikas, Reigen, Trommeln, Betten, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu enorm billig. Preisen. **Gustav Lucke** Waarenhaus Berlin, 131. Oranienstr. 131. **Möbel-Kaufgelegenheit.** Passende Gelegenheit für Braunkente. In meinem größt. Möbelspeicher, Neue Königsstr. 59, L. sollen ca. 300 Wohnungs-Einrichtungen, verleihe gewesene und neue Möbel, zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Theilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. Kleider-Spind 12 Mark, Kommoden 6, Küchenspind 12, Stühle 2 M. Neue Blüthbaum-Kleider-Spinden und Vertikows 30 M., Muschelspinden und Vertikows 33, Vertikows m. Matrassen 18, Sophas 18, Säulen-Kleider-Spind 56 M., Truemeanz u. Säul. 60, Zylinderbureauz, Herren-Schreibtische, Damen-Schreibtische, Schreibstühle 30 M., Pflüschgarnituren 60 M., Paneelelphas 75 M., Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 M. Empfehle allen Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln mein größtes und billigstes Möbelloager zu besichtigen und von den staunend billigen, aber festen Laxpreisen sich zu überzeugen. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt.

**So was** soll Jedermann ersehen. Revolver von 5 M. an. Taschen-Zeichen von 20 M. an. Garten-Zeichen von 1 M. an. Jagd-Revolver von 15 M. an. Schreibmaschinen von 15 M. an. Centralfeuer-Doppelstutzen von 32 M. an. Einläufige Cal. 16 von 20 M. an. Engl. Volgel-Knüppel v. 1,50 M. an. Luft-Gewehre von 5 M. an. Schrotflinte von 50 Pf. an. Bulldogge-Messer von 1 M. an. Taschenmesser von 2 M. an. versendet gegen Vorkaufnahme. Um-tausch gestattet. Dreistücken mit 300 Bildern gratis **Hippolit Mehles,** Berlin W., Friedrichstraße 159.

**Zahn-Klinik.** Preise event. Theilzahl. Frau Olga Jacobson, Zuvaldenstr. 145

**Empfehle allen Genossen, Freunden und Bekannten mein** **Beiß- u. Bairisch-Bier-Local** August Meyher, Zallfaden-Strasse 62. **Achtung!** Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-ziehen, Zahnreinigen, Nerventöden un-sonst Gutkel, Paulsicher Platz 2. Elsfasser-straße 12. **Cigarren — Gigaretten,** gebiegenes, eigenes Fabrikat, unüber-trefflich an Reellität und Güte. **Hermann Wicht,** 81859\* Dresdenstrasse 16. **Eine gut eingeführte kleine Pianoforte-Fabrik** ist wegen Todesfall billig zu verkaufen. 14355 Näheres Gitschinerstr. 62, part. **Freunden und Bekannten!** Sonntag, den 24. d. M.: **Edurk-Offen,** verbunden mit musikalischer Abend-unterhaltung, wogu ergebenst einladet **Franz Schreiber, Pankow,** Berlinerstr. 16. „Vorwärts“ liegt aus. **Empfehle allen Freunden und Be-kaunten mein** **Beiß-, Bairisch-Bier** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhalt. Frühstück von 80 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbisch à la carte von 80 Pf. an. 2 Vereinzimmer mit Klavier für 20-50 Personen. 32241\* **H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 128**

**Bessere Zeiten** von Bilz. Dieses Werk versteht nur Denjenige, welcher eine gewisse Reife in der natürlichen Anschauung erlangt hat. Preis 50 Pf. auch in Briefmarken durch Bilz' Verlag, Leipzig. **Alte Stiefel, Ausw., Repar. u. Verst.** reell u. billig Raunstr. 72. 14236\*

**Hypotheken : Baugelder** speziel schwierige Fälle, werden prompt durch Bankbeziehung vermittelt. An-fragen unter J. R. 9101 Rudolf Mosse, Berlin SW. M\*

**Sophastoff- Reste** in Rips, Damast, Cröyr, Phantase, Gobelin und Plüsch spottbillig! **Proben franks!** in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. **Emil Lefevre, Oranienstraße 158.**

**Während des Umbaues** stelle ich meine großen **Waarenbestände** bedeutend unter Preis zum **Ausverkauf.** **Reste u. zurückgesetzte Gegenstände sind in der 1. Etage** spottbillig ausgelegt. **Carl Schloss** Waarenhaus „864-0st“ 22 Wienerstraße 22, Grünauerstr. 1, am Görlitzer Bahnhof. **Zengen gesucht.** Diejenigen, welche am 11. September Brunnenstr. 189 die Schlägerei gesehen haben, werden gebeten, sich bei Unger zu melden. 14376

Ich erkläre Frau Vernick für ehren-haft. (14286) Frau Wittner.

**Klempnerei.** Baden und Werkstatt vollständig eingerichtet, mit anschließender Wohnung, guter Kundschaf, ist bei billiger Miete, wegen Todesfalls meines Mannes, billig zu verkaufen. Frau Giesow, Genthinerstr. 17.

**Ed-Destillation** zu verkaufen bei **Schauer, Ombenerstr. 53. 14416**

**Möbel, Schuld** angenommen, spott-billig, Landbergerstr. 16a, Hof 1 Tr. rechts, Ecke Barnimstraße. 14326

Jeden Sonnabend **Gänse-Ausspielen** bei Voelz, Dresdenerstr. 9. 14396

Stiefel, getr. Abgeh. Spiz. u. halbr. 2,50-3,75 M. verk. Päcklerstr. 11.

Strickwooll-Neste, Zephyr, Hochwolle zu Partiepreisen jetzt Holzmarktstr. 60, Hof links 1 Tr.

# Arbeiter, Parteigenossen!

Die ausgesperrten Schuhmacher Burgs haben hier Invalidenstr. Nr. 112, Ecke Chausseestrasse, eine Verkaufsstelle errichtet und führen nur gute und reelle Waare zu billigen Preisen.

Wir bitten die Genossen, uns durch reichliche Einkäufe zu unterstützen.

## Burger Genossenschafts Schuhfabrik.

Sensationell!!!

Soeben erschien:

### Verjudung der Aerzte.

Zugleich ein Beitrag zur: Frauenärzten-Frage.

Von Dr. Oasing.

Aus dem Inhalt: Enthüllungen aus der ärztlichen Frauenpraxis. — Täuschung des Publikums. — Medizin. Eynismus. — Grausame Folter an lebenden Thieren. — Schändliche Frevelthaten in den Krankenhäusern der Universitäten. — Der Gipfel des Eynismus. — Weibliche Aerzte u. c. — Preis: 1 Mk., mit Porto 1 Mk. 10 Pf.

## Circus Busch.

Zur Warnung.

Da in letzter Zeit wiederholt von einem Schwindler versucht worden ist, Waaren für den Circus Busch zu erlangen, warne ich noch einmal davor, irgend etwas ohne einen von der Direction ausgestellten und gestempelten Bestellschein zu verabfolgen.

Pariser

# Schneider-Akademie,

Berlin, Hackescher Markt 5.

Unterricht nach weltberühmtem, leichtfasslichem Pariser System nur von Damen und an Damen. Kurse in der Damen-, Knaben- und Wäscheschneiderei von 20 M. an, Anfang und Mitte jeden Monats. Die Vorsteherinnen, nach verschiedenen Berliner, Wiener, amerikanischen, Pariser u. c. Systemen ausgebildet und diplomirt, unterrichten selbst.

8728L\*

Nach beendeter Inventur gelangen grosse Vorräthe meiner

**Teppiche!!** **Portiären!!**  
**Gardinen!!** **Steyppdecken!!**  
**Feinwaaren!!** **Fertigen Wäsche!!**

zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum

# Ausverkauf.

Am Stadt- **J. Brünn**, Hackescher Ecke Neue  
bahnhf. Börse. **Markt 4.** Promenade.

Gefärbt wird

für 2,50 bis 3,00 Mark

in allen Farben: Damenkleider, Ueberzieher, Röcke, im ganzen oder getrennt, Möbelstoffe à M. 1,—. Auch Betten und Tischdecken à Stück 1,25 Mark. Steppdecken à Stück 2 bis 2,50 Mark.

Damenkleider, chemisch gereinigt 2,50—3 Mark.

Herren-Anzüge gereinigt u. gebügelt 2,50 M. Abholung und Zusendung kostenfrei.

Gegründet **A. Pergandé** Gegründet  
1875. 1875.

Hauptgeschäft: **Waldemarstr. 52**, vis-à-vis Bethanien.

Filialen:

Görlitzerstr. 41. Reinickendorferstr. 8a. Händelstr. 2.

Potsdam: Nauenerstr. 18. Strausberg: Wriezenerstr. 24.

Küstrin II: Schiffbaustr. 40.

Fabrik: Holzmarktstr. 21.

**Teppiche** mit kleinen Webe-  
fehlern in Velour, Stück v. 6,50 M. an  
Tournay, Smyrna  
**Gardinen** prachtvollster  
Dessins, Fenster v. 2,50 M. an  
**Portiären**, Fenster v. 1,50 M. an  
**Sophastoffreste**, 130 cm breit, zu Bezügen  
passend, in den feinsten,  
glatten u. gemusterten Stoffen, der komplette Sopha-  
bezug von 3,— M. an.  
**Sophagestelle** von Polstermaterialien:  
Hohhaare, Fasern, Berg, Seegras, Sprungfedern,  
Matratzendrell, Gurte u.  
86118\*  
auch im Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.  
**Wilh. Bursch**, Alte Jakobstr. 93 (nahe der  
Sendelstr.).

14. Brunnen-Strasse 14.

## Billigste Bezugsquelle

für  
Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte u. Kolonialwaaren  
im Spezial-Geschäft **Lust & Co.**

14. Brunnen-Strasse 14.

Berlin N. 3764L\*

Bei Bestellungen von 3 M. an franco Versand, auch nach den Vor-  
orten. Nach ausserhalb franko Bahnhof Berlin bei freier Verpackung.  
Bitte genau auf die Firma u. Nummer zu achten.

# Achtung! Bauhandwerker! Achtung!

Sonntag, den 24. November 1895, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr:

## Große Protest-Versammlung

aller im Baufach beschäftigten Arbeiter: Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Siedenteure, Töpfer, Maler, Klempner, Glaser, Stauer und Bauarbeiter  
in **Keller's Festsälen**, Koppenstr. Nr. 29.

Tagesordnung: 1. „Die Mißstände im Baugewerbe.“ Referent: Der Vertreter der Kommission zur Feststellung der Mißstände im Baugewerbe. 2. Diskussion.  
Sämmtliche obengenannte Gewerkschaften werden gebeten, für den regen Besuch dieser wichtigen Versammlung Sorge zu tragen.  
Die Kommission. S. A.: C. Panzer, Goldstr. 89.

### Tischler-Verein.

Sonabend, den 23. Nov., abds. 9 Uhr,  
Reichthorstr. 15:

Versammlung mit Damen.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Abrechnung vom diesjährigen Stiftungsfest. 3. Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zur Urania. 198/12  
Der Vorstand.

### Allg. Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die im Februar 1893 gewählten Delegirten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) werden hierdurch zu einer Generalversammlung am **Sonntag, den 1. Dezember 1895, vormittags 10 und 10<sup>1/2</sup> Uhr**, im Saale des Englischen Gartens, **Alexanderstr. 27c**, ergebenst eingeladen.

Am 10 Uhr:

### Versammlung der Arbeitgeber.

Tages-Ordnung:  
Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern auf zwei Jahre aus der Zahl der Arbeitgeber (§ 38 des Statuts). Es scheiden aus: Die Herren Mühlmeil und Schlott.  
Schluß der Versammlung der Arbeitgeber.

Um 10<sup>1/2</sup> Uhr vormittags Versammlung sämmtlicher Delegirten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Tagesordnung:  
1. Antrag von 28 Delegirten: Festsetzung des Vertrages mit dem Verein Berliner Kassen-Aerzte. 2. Wahl eines Ausschusses von 5 Mitgliedern zur Vorprüfung der Jahresrechnung pro 1895 (§ 56).  
Schluß der allgemeinen Generalversammlung.

Es findet nun die Wahl von vier Arbeitnehmern zum Vorstande statt, an der die Delegirten der Arbeitgeber nicht theilnehmen dürfen. (§ 38.)  
Es scheiden aus die Herren Gärtel, Jempel, Dreßner und Weigandt.  
Berlin, den 14. Nov. 1895.

**R. Haeger**, Vorsitzender.  
Ohne Legitimationskarte ist der Eintritt nicht gestattet. 18/16  
Fehlende Legitimationskarten werden im Haupt-Bureau, Adalbertstr. 94, in den Dienststunden von 7—2 Uhr ersetzt; ebendasselbst sind Wohnungs-Veränderungen der Delegirten anzuzeigen.

### Achtung! Kein Laden!

Schirme u. Spazierstöcke äußerst billig. Reparaturwerkstatt im Hause.  
**J. Richter**, Stettinerstr. 19, prt.

## Bitte lesen Sie!

Da ich große Posten auf Auktionen sehr billig gekauft habe, empfehle ich jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Winter-Paletots**,

Anzügen, Mänteln, Zoppen, einzelnen Jaquets, Hosen, Westen, ferner Arbeitsanzügen billig und gut kaufen will, mein bekanntes reichhaltiges Lager von Herren- und Knaben-Garderoben aller Art zu enorm billigen Preisen.

### A. Wergien,

Schneidermeister, 3515L\*  
127 Skalitzerstraße 127.  
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.  
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

## Arbeitsmarkt.

**Achtung, Klavierarbeiter!**  
Die Kollegen der Piano-Werkstelle haben wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt:  
**W. Steuer**, Krautstr. 52,  
Die Werkstatt-Kontrollkommission.

### Möbelpolirer.

In der Werkstatt von **Jerabeck**, **Grißnowstr. 3**, haben die Kollegen aufgehört wegen Lohn Differenzen. Bitte dieses zu beachten. 145/19  
Der Vorstand.

**Goldleisten.** 1434b  
Tüchtige Belegerinnen finden dauernde Beschäftigung. Köpenickerstr. 109a.

**Zusammenfeger und Mädchen auf Pianomechaniken** verl. Mariannenstr. 31/32. 1438b

**Goldleisten.**  
Tüchtige Farbigmaler werden verlangt Köpenickerstr. 109a. 1438b

## Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tapezierer und Berufsgenossen (Eing. Stiftskasse 36 zu Hamburg).

### Oeffentl. Versammlung all. Filialen Berlins

heute, den 22. November, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in „Cohn's Festsaal“, Genth-Str. Nr. 22.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Natur-Heilverfahren.“ 142/1b  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste willkommen.  
Um zahlr. Erscheinen ersuchen Die Ortsverwaltung. S. A.: P. Engel.

## Große öffentliche Versammlung sämmtl. Droschkenkutscher Berlins u. Umgegend

am Freitag, den 22. Nov., abends 9 Uhr, im Saale der „Norddeutschen Brauerei“, Chausseestr. 58.  
Tages-Ordnung:  
1. „Die Verheerung des Volkes und ihre Ursache.“ Referent: Genosse **Adolf Hoffmann**. 2. Berichterstattung des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. Referent: **Koll. Präh.** 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ersuchen wir die Kollegen, recht rege für diese Versammlung zu agitieren und erwarten einen guten Besuch.  
52/2  
Das Agitationskomitee. S. A.: **H. Schultz**.

Oeffentliche

## Versammlung der Kistenmacher

Montag, den 25. November, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in Cohn's Festsälen, Genthstr. 22.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom Streik. 2. Verschiedenes.  
NB. Alle betheiligten Gewerkschaften sind hierzu eingeladen. Die Sammellisten liegen zur Einsicht aus.  
Der Einberufer.

## Freie Vereinigung der Bau-Anschläger Berlins und Umgegend.

Sonntag Vormittag 10<sup>1/2</sup> Uhr bei Herrn **Röllig**, Neue Friedrichstr. 44:  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes (betreffend das Stiftungsfest). 2. Bericht der Fünfer-Kommission. 3. Verschiedenes und Fragelasten. 83/11  
Um regen Besuch bittet  
Der Vorstand.

## Achtung! Lederarbeiter! Achtung!

Heute Freitag, den 22. November, abends 8 Uhr, in dem Lokale des Herrn **Ulitz**, Sadstr. 19:  
**Oeffentliche Versammlung**  
aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter (als Weißgerber, Bohgerber, Färber und Berufsgenossen).  
Tages-Ordnung:  
1. Der Abwehrstreik in der Lederfabrik von **Emmanuel Meyer**.  
2. Diskussion. — Berufskollegen! Erscheint alle und bringt, wo es angeht, Eure Frauen mit.  
Der Vertrauensmann.

## Aufruf

an die selbstzahlenden Mitglieder der **Allgem. Ortskrankenkasse** gewerbli. Arbeiter und Arbeiterinnen (fr. Meyer'sche Kasse).

Am Sonntag, den 8. Dez., finden die Delegirtenwahlen zur Generalversammlung statt, und zwar ist das Wahllokale für die Selbstzahler bei **Banke**, Grenadierstr. 33. **Bisher** waren in der Abtheilung für Selbstzahler fast ausschließlich Kassenbeamte vertreten.

Die 18er Kommission ist nun beauftragt, an deren Stelle eine Liste von zielbewußten, noch freier Art strebenden Arbeitern und Arbeiterinnen zu setzen. Es werden deshalb die selbstzahlenden Mitglieder, d. h. diejenigen, welche nicht beim Arbeitgeber beschäftigt sind und ihren vollen Beitrag selbst bezahlen, ersucht, sich in die Kandidatenliste einzutragen zu lassen, und zu diesem Zwecke ihre Namen, Wohnung und Vornamen an die Unterzeichneten umgehend einzuliefern: 1427b  
**Hildebrandt**, Heilnerstr. 8, v. 8 Tr.; **Loebe**, Waldemarstr. 29, part.; **Soyka**, Lübbenerstr. 14, v. 2 Tr.; **Bachert**, Weimelerstr. 63, v. 1 Tr.; **Klossmann**, Neue Hochstr. 19, v. 4 Tr.; **Kinzler**, Alexanderstr. 11, v. 1 Tr.; **Sillier**, Müllerstr. 26a, Sout.; **Kunath**, Butticherstr. 6, Quers. 2 Tr.; **Jäger**, Hildorf, Hermannstr. 33.

Zugleich werden hierdurch nochmals die **Vorstände resp. Vertrauensmänner der Gewerkschaften**, welche Mitglieder zur Allg. Ortskrankenkasse stellen, ersucht, in den Versammlungen Stellung zu nehmen und event., wenn dieses bis Montag, den 25. Nov., nicht möglich ist, unter der Hand einige Adressen ihrer Berufsgenossen zu sammeln und der Kommission zukommen zu lassen.  
S. A.: **Fr. Jäger**, Hermannstr. 33.

## Charlottenburg.

Am Sondern-Sonntag, den 24. November, im Lokale „Bismarckhöhe“, **Wilmerdorferstraße 89**:

## Gr. Vokal- u. Instrumental-Concert

zum Besten des Streikfonds der Maler, veranstaltet vom **Gesangverein Vorwärts** (Mitgl. des A.-S.-V.) unter Mitwirkung einer Kapelle der **Freien Vereinigung der Zivil-Verensmänner**.  
Billets 80 Pf.  
Alle Gesangsfreunde, insbesondere alle Gesinnungsgenossen ersuchen wir im Interesse der guten Sache recht zahlreich zu erscheinen. 66/2  
Der Vertrauensmann der Maler. Das Komitee.

**Stempel** jeder Art, Spez.: Datum- u. Marken-Stempel, Monogramme und Signirschablonen, Gravirungen empfiehlt **H. Guttman**, Brunnenstraße 9. 3761L\*



Internationaler Handschuhmacher-Kongress.

Paris, 19. November.

Die Lage der Handschuhmacher von Neapel, wie Delegierter Sartti sie aus eigener Erfahrung und mit Daten belegt schildert, eine nicht weniger als menschenwürdige — müssen sie doch, um mit Weib und Kinder überhaupt leben zu können, vom frühen Morgen bis tief in die Nacht hinein arbeiten — so steht ihnen die der Handschuhmacher einzelner böhmischer und deutscher Orte keineswegs nach. So beträgt, wie Genosse Dobrowojewics in Fortsetzung der Debatte über die Teilarbeit ausgeführt, der Lohn der übergroßen Mehrzahl der Handschuhmacher von Joachimsthal in Böhmen nicht mehr als 4—5 fl. wöchentlich. Die Gesamtzahl der erwachsenen männlichen Arbeiter — sämtlich Teilarbeiter — beträgt nämlich 240 und von diesen ernten bloß 25 einen Lohn von 6—7 fl. wöchentlich. Diese 25 Arbeiter sind Wochenarbeiter, alle übrigen Stückarbeiter. Die 240 Arbeiter verteilen sich auf 3 Fabriken und 3 Filialen, die außerdem 2 Tugend-Beihilfen und mehrere Hundert Handschuh-Näherinnen beschäftigen. Die größte Fabrik, in der sich aber die Arbeiter am schlimmsten fühlen sollen, ist die Bentler'sche. Sie beschäftigt 137 Arbeiter, 6 Beihilfen und 70 Näherinnen innerhalb sowie 200 außerhalb der Fabrik. Hat Dobrowojewics auch keine Daten bezüglich der Löhne der Näherinnen angegeben, so läßt sich doch von den Löhnen der männlichen Arbeiter leicht auf die Püngerlöhne der weiblichen Arbeiter schließen. Was die Beihilfen anbelangt, beträgt deren Gehalt 3—4 Jahre; und das zur Erlernung einer Teilarbeit, für die wenige Wochen genügen. Der Arbeitstag beträgt gewöhnlich 11 Stunden, doch wird das Gesetz vielfach dadurch umgangen, daß Arbeiten mit nach Hause genommen werden. Dabei erhalten die Beihilfen weder Kost noch Wohnung, sondern nur wemige Kreuzer als Unterküfung, und auch das zumeist erst vom zweiten Lehrjahre angefangen. In Ergänzung dieser Ausführungen hat der Prager Delegierte Hippel, der jüngst mit seinem Kollegen Kwaca eine Agitationsreise nach Joachimsthal unternommen, folgende auf Grund persönlicher Umfragen erhaltene Lohndaten angegeben: für das Dollern zweipaariger Felle (d. h. solcher Felle, aus denen zwei Paar Handschuhe geschnitten werden) 2 Kreuzer pro Stück, drei- bis vierpaariger Felle 3 Kreuzer; für das Depecciren der Handschuhe bis zu 10 Knöpfen 17 1/2 Kreuzer pro Duzend, von über 10 Knöpfen 24 Kr. pro Duzend; für das Glavilloniren bis zu 10 Knöpfen 18 Kr., darüber hinaus 24 Kr. pro Duzend; für Schichten, auf der Maschine geschnitten, sammt Einschieber 6 Kreuzer pro Duzend. Was aber weilt auf die Hungerlöhne hin, die in Böhmen herrschen und tritt für einen Minimallohn von 2 Mark pro Duzend zweipaariger Handschuhe ein, der pro Knopf um 20 Pfennige zu steigen hat. Nachdem sodann noch mehrere Redner sich gegen das System der Arbeitsteilung ausgesprochen aber gleichzeitig darauf hinwiesen, daß man von Leuten, die 20, 30 Jahre als Teilarbeiter thätig waren, nicht verlangen könne, daß sie nun wieder in die Lehre geben sollen, wird zur Abstimmung über die inzwischen eingelaufenen Anträge geschritten. Zwei derselben sind von Wasner eingebracht worden. Der erste spricht die Nothwendigkeit aus, allen Berufsgenossen beizustehen, die für einen Lohn kämpfen, der es ihnen erlaubt, als Menschen zu leben und verlangt, daß alle Teilarbeiter, Näherinnen zc. sowohl in die nationalen Organisationen als in den internationalen Bund aufgenommen sind. Der zweite Antrag macht es den nationalen Organisationen zur Pflicht, sämtliche Teilarbeiter zur Organisation heranzuziehen und darauf zu dringen, daß in den Fabriken, wo Teilarbeit besteht, ein dem Normallohn der anderen Fabriken entsprechender Lohnsatz gezahlt wird, zu welchem Zwecke alle darauf abzielende Streiks eifrigst zu unterstützen, voreerst jedoch alle zur Erzielung eines wesentlichen Erfolges notwendigen Vorbereitungen zu treffen sind. Ein von Serugeri gestellter Antrag beantragt das Bundes-Exekutivkomitee, alle Mittel anzuwenden, um die wirtschaftliche Lage der Kollegen von Neapel und Böhmen im Interesse der Gesamt-Handschuhmacherei zu verbessern. Bei der Abstimmung werden sämtliche Anträge einstimmig angenommen.

Die nächste Frage, die den Kongress beschäftigte, betraf das Beihilfenswesen und die Hausarbeit. Die Diskussion hierüber war eine verhältnismäßig kurze. Der Delegierte von Grenoble, Giroudet, führte aus, daß, obwohl bei ihnen ca. 200 ausländische Arbeiter beschäftigt werden, es gegenwärtig doch an Arbeitern fehle. Es liege somit für sie kein Grund vor, das Beihilfenswesen zu beschränken. In jedem Falle will er aber die Regelung desselben einer jeden einzelnen Lokalität überlassen wissen und bringt auch einen dahingehenden Antrag ein. Verhaert, Delegierter der Pariser Handschuhmacher-Gewerkschaft, erklärt, daß sie gar keine Beihilfen herabzubilden, während der Delegierte von Milbau hervorhebt, daß sie nur Söhne von Handschuhmachern als Beihilfen aufnehmen und bloß solchen Hausarbeitern gestatten, einen Beihilfen zu halten, der mindestens 6 Jahre als Arbeiter thätig war. Wasner erklärt demgegenüber, daß die deutschen Handschuhmacher ihre Söhne vielmehr von diesem traurigen Metier fernzuhalten suchen und sie lieber alles andere als dieses Handwerk lernen lassen. Schließlich bringt auch er einen Antrag ein, der sowohl die Regelung des Beihilfenswesens wie die Abschaffung der Hausarbeit den einzelnen Sektionen überweist, aber gleichzeitig von den Gewerkschaften fordert, die Hausarbeit als ein der Verringerung der Arbeiter und deren Verbesserungen entgegenstehendes wesentliches Hindernis energisch zu bekämpfen und der übermäßigen Aufnahme von Beihilfen entgegenzutreten. Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

Bezüglich der Regelung der Arbeit hat der Kongress bereits in einer vorhergegangenen Sitzung den mehr platonischen Beschluß gefaßt, daß die Bundessektionen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken haben, daß die Arbeit so geregelt werde, daß jeder Arbeiter ein genügendes Auskommen für sich und seine Familie finde, was, wenigstens es sich hier um eine Kategorie von Arbeitern, Handschuhmachern, handelt, nicht-destoweniger so lange ein frommer Wunsch bleiben wird, so lange die kapitalistische Wirtschaftsordnung aufrecht erhalten bleibt. Gleichzeitig wurde auf Antrag Verhaert's im Prinzip beschlossen, daß über jede Firma, die ihr Metier behufs Herabdrückung der Arbeitspreise verlegt, die Sperre zu verhängen sei.

Die letzte Frage, mit der sich der Kongress beschäftigte, ehe er an die Revision der Bundesstatuten trat, betraf das französische Fachorgan „Le Gantier“. Die deutsche Delegation verlangte, daß der „Gantier“, dessen Kosten bisher von der Bundeskasse bestritten wurden, von den romanischen Sektionen, bezw. französischen und belgischen Gewerkschaften zu erhalten sei, wie dies auch seitens der Deutschen bezüglich des „Handschuhmacher“ geschieht. Gleichzeitig beantragt Wasner namens der deutschen und österreichischen Delegierten, daß der „Gantier“ und „Handschuhmacher“ als die offiziellen Blätter des Bundes gelten sollen, denen alle Mittheilungen des Bundeskomitees gleichzeitig zu zuzufinden seien. Verhaert beantragte, daß in Hinsicht darauf, daß die Zeitung das beste Propagandamittel sei, der „Gantier“ von allen Mitgliedern in Frankreich und Belgien obligatorisch

zu abonnieren sei. Beide Anträge wurden mit großer Majorität angenommen.

Die Revision der Bundesstatuten nahm so viel Zeit in Anspruch, daß zu dem Sonntag auch noch der ganze Montag gefügt werden mußte, so daß der Kongress volle neun Tage währte. Für weitere Kreise wäre aus den Statuten besonders hervorzuheben, daß die verbündeten Sektionen nur unter folgenden Umständen einen Streik beschließen dürfen: 1. wenn die „Arbeitgeber“ einen beiderseits freiwillig eingegangenen Vertrag brechen wollen; 2. wenn sie ein Verbandsrecht antastet; 3. wenn sie eine Lohnverminderung vornehmen wollen, und daß kein Streik angeordnet werden darf, so lange nicht alle Mittel zu einem gütlichen Uebereinkommen erschöpft sind. Bei der Revision, bei der es sich hauptsächlich darum handelte, die Statuten mit den Kongressbeschlüssen in Einklang zu bringen, stellte Wasner u. a. den Antrag, daß der internationale Bund nur dann, wenn mehr als 10 pCt. der Mitglieder einer nationalen Organisation sich im Streik befinden, denselben unterstützen soll, daß aber kleinere Streiks von der eigenen Klasse zu unterhalten sind. Ausnahmen seien nur dort zu machen, wo die Organisationen noch zu schwach seien, um allein für die Streiklohn aufzukommen. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Der bisherige Generalsekretär Orange, sowie der Präsident Hund, welcher letzterer auch die Verhandlungen des Kongresses leitete, sind beide wiedergewählt worden. Nachdem zum Schluß noch auf Antrag Serugeri's den Arbeitern von Garmaug die Anerkennung für ihr mutiges Verhalten im Kampfe um ihre gewerkschaftlichen Rechte ausgesprochen wird, schließt der Präsident mit einer kurzen Ansprache und unter dem Rufe: „Es lebe die Internationale!“ den dritten internationalen Handschuhmacher-Kongress.

Der nächste Kongress findet in Milau statt.

Gerichts-Beilage.

Übermals ein verurtheilter Preßfäuder. Unter der Anklage der Beleidigung des Magistrats der Stadt Nürnberg a. W. stand am 9. Oktober der verantwortliche Redakteur des „Vamburger Echo“, Genosse Reinhold Stengel, vor der vierten Strafkammer des Hamburger Landgerichts. Die Beleidigung soll begangen sein in einer „Eine ungläubliche Unkenntnis der Gewerbe-Ordnung“ überschriebenen Notiz, die in Nr. 177 des „Echo“ vom 1. August d. J. abgedruckt war. In der Notiz war die an einen Fabrikarbeiter ergangene Entscheidung des Bürgermeisters Hahn in Nürnberg a. W. reproduziert: „Durch vorläufig vollstreckbare Entscheidung des Bürgermeisters sind Sie schuldig erklärt, die Arbeit auf der H. Hegen'schen Glasfabrik fortzusetzen. Wir geben Ihnen deshalb bei Weidung einer Strafe von 30 M. oder im Unvermögensfalle von sechs Tagen Haft auf, innerhalb drei Tagen die Arbeit bei der Hegen'schen Glasfabrik wieder aufzunehmen und in Gemäßheit der angeführten Entscheidung fortzusetzen. Der Magistrat Hahn.“ In einer an diese Entscheidung geknüpften Kritik war gesagt, daß man sich eine größere Rechtsverletzung, als sie in dieser Entscheidung enthalten wäre, nicht denken könne, da die Gewerbe-Ordnung von einem Zwange zur Rückkehr in die Arbeit bekanntlich nichts kenne. Die Hamburger Polizeibehörde, als „Neuzelt getraute Wächterin über die sozialdemokratische Presse, sandte die betreffende Nummer des „Echo“ an den Magistrat von Nürnberg und auf Antrag des Bürgermeisters Hahn wurde Anklage gegen den Verantwortlichen des „Echo“ wegen Beleidigung von der Hamburger Staatsanwaltschaft erhoben. Der Genosse Stengel erklärte in der Verhandlung, daß die Notiz seiner Ansicht nach keine Beleidigung enthalte. Der Bürgermeister sei überhaupt zu der vorläufig vollstreckbaren Entscheidung“ nicht berechtigt gewesen. Dies werde in der Notiz festgehalten, aber darin werde nicht gesagt, daß der Bürgermeister sich einer wissenschaftlichen und absichtlichen Ueberschreitung der gesetzlichen Bestimmungen schuldig gemacht habe. Der Staatsanwalt Alberts beantragte 100 M. Geldstrafe oder 14 Tage Gefängnis. Die ganze Fassung des inkriminirten Artikels deutete darauf hin, daß der Bürgermeister beleidigt werden solle. Es solle so dargestellt werden, als wenn der Fabrikarbeiter ein Spielball in der Hand der Behörden sei. Der Verteidiger Dr. Th. Suse führt aus, daß in der Entscheidung in der That eine objektive grobe Rechtsverletzung liege. Es sei erkennbar, daß eine Magistratsperson, die zugleich auch Vorsitzender des Gewerbegerichts sei, sich noch in Anschauungen bewege, die von der modernen Zeit längst überwunden wären. Der Bürgermeister Hahn hätte wahrlich Veranlassung gehabt, einer noch mäßigen Erörterung der Sache in dieser Beleidigungssache aus dem Wege zu gehen. Man befände sich nicht mehr in der Zeit des Jopfes, sondern in der Zeit der Sozialgesetzgebung und vor allem in der Zeit der Gewerbe-Ordnung. Und da seien solche Entscheidungen nicht nur grobe, sondern geradezu erschütternde Rechtsverletzungen. Freisprechung müsse unter allen Umständen eintreten. Die Sache wurde dreimal vertagt und erst gestern wurde das Urtheil verlesen. Dasselbe lautet auf 100 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis. In dem Urtheilsgründen wird angeführt, daß das Verhalten des Magistrats durchaus korrekt und die Beleidigung allem Anschein nach vorläufig sei.

Revision wird in dieser Sache eingelegt werden.

Ein besonders tüchtiger Beamter. Unter dieser Ueberschrift berichten wir im Juni dieses Jahres über einen Prozeß vor der Strafkammer des Stettiner Landgerichts, in welchem sich ein Schuhmann Bauda in Stettin wegen Mißhandlung des Versicherungsbeamten Schmid zu verantworten hatte. Bauda wurde in jenem Prozeß zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Diese im Vergleich zu den von der Staatsanwaltschaft beantragten fünf Monaten Gefängnis geringe Strafe hatte Bauda damals vor allem dem Zeugnis des Herrn Polizeikommissars Stürmer zu verdanken, der ihn als einen „besonders tüchtigen Beamten“ bezeichnete. Derselbe Bauda stand am 14. d. Mts. wiederum vor dem Stettiner Gericht. Er war angeklagt: 1. als Beamter in der Ausübung seines Amtes vorsätzlich den Arbeiter Stark körperlich mißhandelt zu haben, und zwar mit einem gefährlichen Instrument, einem Säbel; 2. zugleich als Beamter in einer Untersuchung Zwangsmittel angewandt zu haben, um ein Geständnis zu erpressen. Neben Bauda steht der Bauarbeiter Schmidt aus der Anklagebank. Ihm wird vorgeworfen, den Schuhmann Bauda öffentlich beleidigt zu haben, dadurch, daß er ihn „betrunken“ genannt.

Zunächst wird der Angeklagte Schmidt vernommen. Er will, nach einem Bericht der „Stett. Abendz.“ den Ausdruck „In der Keel aber befoffen“ auf den Arbeiter Schröder angewandt haben. Er habe sich um Bauda nicht bekümmert. Später hätte er mit anderen zusammen den Stark getroffen, der so schwer verletzt war, daß sie ihn zum Arzt bringen mußten. Es folgt das Verhör des Angeklagten Bauda: Derselbe sagt aus, er habe am 4. Februar d. J. um 1 Uhr mittags, als der Dienft beendet gewesen, am Wäckerberg auf die Pferdebahn erwartet. Da sei Stark mit seinen Kollegen gekommen und es sei gerufen worden: „In der Keel befoffen!“ Auch habe man noch andere Schimpfworte gerufen, gepöffelt u. s. w. Als er, Bauda, dann auf die Pferdebahn gestiegen und an den Arbeitern vorbeigefahren sei, hätten diese wieder Schimpfworte ausgerufen. Nach-

dem er dann den Schuhmann Lindemann getroffen, seien sie beide auf die Arbeiter zugegangen, und er habe, da die übrigen fortliefen, den Arbeiter Stark verhaftet, um seine Personalien festzustellen. Da dieser nicht freiwillig mitgeben wollte, habe er ihn angefaßt und zum Polizeirevier geführt. Auf den auf dem Hofe befindlichen beiden Stufen aber habe sich Stark umgedreht, und er habe infolge dessen mit ihm gerungen, wobei Stark vielleicht seine Mütze verloren. Auch die Treppe hinauf habe der Arbeiter mit Gewalt geschafft werden müssen. Im Telephonzimmer angekommen, habe er den Stark gefragt, wer diejenige gewesen seien, die ihn beleidigt hätten. Sofort sei Stark darauf auf ihn eingedrungen. Er habe ihn zunächst nur zurückgestoßen, als er dann aber gleichwohl nochmals auf ihn eingedrungen sei, habe er ihm mit dem Säbel drei, vier Schmiss gehauen.

Erheblich anders lautete die Aussage des Zeugen Stark. Er bekundete, er habe 14 Tage wegen Beleidigung der Stettiner Schulleute im Gefängnis zugebracht und sei am 4. Februar, mittags 12 1/2 Uhr, entlassen worden. Am Wäckerberg habe der Schuhmann Bauda, sich auf zwei Eisenstangen stützend, gekannt und gewandelt, so daß es schien, als sei er angekränkt. Er, Stark, sei ruhig seines Weges gegangen, auch als die Pferdebahn kam. Nahe bei der Gasanstalt seien die Schulleute Bauda und Lindemann dann wieder gekommen, seine Begleiter seien davon gegangen, er selbst aber geblieben, da er sich seiner Schuld bewußt gewesen. Schuhmann Lindemann sei dann an ihn herangekommen und habe gesagt: „Auf diesen Büschen habe ich schon lange gelouert“. Darauf sei er, Stark, von Bauda mitgenommen worden. Als sie auf den Flur des Polizeibureaus gekommen, habe Bauda gleich auf ihn eingeschlagen, während Schuhmann Lindemann vor der Thür geblieben sei. Gleich beim ersten Schlag sei ihm, dem Stark die Mütze vom Kopf geflogen. — Vorf.: Als Sie nun mit Bauda in das Telephonzimmer gekommen, hat sich Bauda dann hingesezt, um ein Protokoll aufzunehmen? — Zeuge Stark: Nein, wir blieben stehen, und er trug mich, wer die Schimpfworte gerufen habe. — Vorf.: Er zog seinen Säbel? — Zeuge Stark: Ja. — Vorf.: Haben Sie den Schuhmann dann anfassen wollen? — Zeuge Stark: Nein, daran habe ich gar nicht gedacht. — Vorf.: Haben Sie nach Hieben so geblutet, daß in dem Bureau des Polizeikommissars auch Blut auf dem Boden war? — Zeuge Stark: Ja. — Vorf.: Haben Sie es denn für Ernst genommen, als Bauda sagte, wenn Sie nicht ausliefen, wer es gewesen, dann werde er Sie durch und durch stechen? — Zeuge Stark: Ja. — Vorf.: Als Sie dann wieder in das Vorderzimmer gebracht wurden, Ihre Wunden gewaschen und Ihnen ein Handtuch gegeben wurde, hat jemand zu Ihnen gesagt, Sie möchten nichts ansagen darüber, wie Sie die Wunden bekommen? — Zeuge Stark: Ja. Ich sollte sagen, ich sei gefallen. — Vorf.: Wie lange sind Sie arbeitsunfähig gewesen? — Zeuge Stark: Drei Wochen. — Vorf.: Ist Ihnen Geld angeboten, damit Sie den Strafanzug zurückziehen sollten? — Zeuge Stark: Ja, der Arbeiter Ferdinand Wolff hat mir 15 M. geboten, in dessen Auftrage, das weiß ich nicht. Es werden jedam zunächst die Arbeiter als Zeugen vernommen, welche den Stark damals aus dem Gefängnis abgeholt haben. Sie bekunden aneinst, daß sie von einer allgemeinen Verhöhnung des Bauda an jenem Mittag nichts bemerkt hätten. Diejenigen, welche den Verwundeten zum Arzt gebracht, beschrieben seinen Zustand als einen sehr schlimmen. Der erste Arzt habe, als er hörte, daß die Verwundungen von einem Schuhmann auf der Oberwiel herabträfen, erklärt, damit wolle er nichts zu thun haben. Dann sei Stark aber wieder umgefallen, sie hätten ihn hets von neuem Wasser geben müssen und schließlich dem Arzi erklärt, wenn er ihn nicht verbinden wolle, müßten sie ihn bei ihm liegen lassen. Daranhin habe derselbe dann einen Nothverband angelegt und mit diesem sei Stark zum Medizinalrath Dr. Schulz gegangen.

Der Medizinalrath Schulz, welcher ebenfalls als Zeuge vernommen wurde, hat mehrere Verwundungen am Kopf, an den Armen, auf der Schulter und an den Beinen wahrgenommen. Verwundungen, die den Stark nach der Behandlung des Arztes 2—3 Wochen arbeitsunfähig gemacht hätten.

Die weitere Zeugenvernehmung ergab nichts, was die Anklage hätte entkräften können. Der Staatsanwalt ließ den zweiten Punkt der Anklage (Erpressung einer Kundgabe mit Gewalt) fallen und beantragte wegen der Mißhandlung des Stark gegen Bauda eine Gefängnisstrafe von vier Monaten, gegen den mitangeklagten Arbeiter Schmidt wegen öffentlicher Beleidigung des Schuhmanns Bauda eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Der Gerichtshof ging in seinem Urtheil über das gegen Bauda beantragte Strafmaß weit hinaus. Er erkannte gegen diesen besonders wehrhaften Beamten auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre und auf den Verlust der Befähigung zur Velleidung eines öffentlichen Amtes auf die Dauer von zwei Jahren. Der Angeklagte Schmidt wurde wegen Beleidigung des Schuhmanns Bauda zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt.

Von Herrn Julius Wachsen erhalten wie folgende Zuschrift: In Ihrem Bericht über den Betrugprozeß wider Bernstein, welchen Sie in Ihrem Blatte vom 19. ca. (Nr. 271) brachten, befindet sich ein kleiner Irrthum, der auf einen Hörschüler Ihres Berichtshalters zurückzuführen sein dürfte, der aber der Sache ein unrichtiges Bild giebt. Es handelte sich in dem Brief vom 2. November 1892 nicht um das Recht des Verkaufes, sondern um solches den Musterschuh zum vereinbarten Verkauf zu gunsten des Bundes für mindestens 750 M. — abzgl. 20 pCt. = 600 M. netto bis zum 10. November 1892 an der Hand zu haben. Die Firma, deren Chef und Inhaber Herr Bernstein ist, heißt J. F. Wallmann und Komp., hier, Blumenstr. 74, früher Leipzigerwache.

Versammlungen.

Ueber die bevorstehende Stichwahl und deren Bedeutung für die arbeitende Bevölkerung sprach am 19. d. Mts. Stadtverordneter Stadthagen in einer öffentlichen Volksversammlung, zu welcher ganz besonders an die Wähler des 17. Wahlbezirks Einladung ergangen war. Die Stichwahl findet am 29. d. Mts. zwischen unserem Parteigenossen B. r. u. e. r und dem Freisinnigen L. i. e. b. e. n. o. w. statt. Nicht auf die Person, sondern auf das Prinzip, welches der Kandidat vertritt, kommt es, wie der Referent darlegte, bei der Frage an, ob man bei der Stichwahl dem einen oder dem anderen der beiden vorgenannten Kandidaten zum Siege zu verhelfen bestrebt sein soll. Daß die arbeitende Bevölkerung Berlins kein Interesse daran hat, sich durch Herrn L. i. e. b. e. n. o. w. noch ferner in der Stadtverordneten-Versammlung vertreten zu lassen — nicht weil Herr Liebenow Herr Liebenow ist, sondern weil er derjenigen Partei angehört, die die Interessen des Gebieths und nicht die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt, und die reaktionärer ist, als selbst die konservative Partei — das legte der Referent überzeugend dar. Er erderte dann die Forderungen unserer Partei, welche der Kandidat Lörner vertritt. Das Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege, (Krankenhäuser zc.) gab ihm zu vielerlei Beanstandungen Veranlassung, wobei er darauf hinwies, daß die liberale Partei es bisher verstanden hat, die Sozialdemokraten aus der Deputation

